

Zeitschrift: Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire
Herausgeber: [s.n.]
Band: 22 (2015)
Heft: 1: Umverteilen = Redistribuer

Buchbesprechung: Besprechungen = Comptes rendus

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Literatur zum Thema

Comptes rendus thématiques

Wolfgang Streeck
Gekaufte Zeit
Die vertagte Krise
des demokratischen Kapitalismus
Suhrkamp, Frankfurt a. M. 2013, 271 S., € 24,95

Wolfgang Streeck, der soeben emeritierte Soziologe und Politikwissenschaftler, der seit 1995 Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung war, hat mit seinem Buch *Gekaufte Zeit* – so viel sei vorweggenommen – eine der interessantesten Interpretationen für die Entwicklungen des Wirtschaftssystems nach 1945 vorgelegt. An Ideenreichtum und Thesenstärke kann es sich dabei durchaus mit dem in manchen Fragen ähnlich argumentierenden Werk von Thomas Piketty *Das Kapital im 21. Jahrhundert* messen. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* wurde Streeck dafür soeben als vernünftiger Linker gewürdigt, der einer der wenigen führenden Gesellschaftsforscher in Deutschland geblieben sei, der dem Kapitalismus nie über den Weg getraut habe, aber gleichzeitig pragmatisch als enger Berater von Kanzler Gerhard Schröder an der Ausformulierung des «Bündnisses für Arbeit» beteiligt gewesen sei.

Wer Streecks Buch gelesen hat, der wird dagegen nun einen grossen Abstand zur von der SPD gegenwärtig betriebenen Politik feststellen müssen. Die von der SPD unterstützte deutsche Krisenpolitik in Griechenland und in der Eurozone kritisiert er scharf. Doch der Reihe nach. Streecks Buch beruht auf drei Frankfurter Adorno-Vorlesungen, die er 2012 hielt. Das Buch ist nun in drei Kapitel unterteilt, die weitgehend chronologisch aufeinander aufbauen. Im ersten Kapitel wird die

Entwicklung in den 1970er- bis in die frühen 1980er-Jahre beschrieben. Die 1970er-Jahre werden als globale Wendezeit verstanden, in der sich die Spannung zwischen Demokratie und Kapitalismus deutlich verstärkt und in der das Kapital zunehmende Anstrengungen unternommen habe, sich von demokratischen Interventionen zu befreien. Wirtschaftskrisen im Kapitalismus versteht er vor allem als Vertrauenskrisen aufseiten des Kapitals, die zu einem Investitionsstreik führen. Auf den Investitionsstreik des Kapitals hätte die Politik mit zunehmender Verschuldung reagiert, was wiederum die Inflation angeheizt habe. Durch die Inflation kann die Politik sich laut Streeck Zeit kaufen, um die durch den Investitionsstreik und die Steuervermeidung der Reichen eigentlich notwendigen Ausgabenkürzungen nach hinten zu verschieben und so die Mehrheit der Wähler zu befriedigen. Die Stagflation beendet die Möglichkeiten inflationärer Politik, und nur durch die radikale monetäre Stabilisierung unter Reagan und Thatcher kann eine schärfere Krise vorerst verhindert werden. In diesem Zusammenhang prüft er auch den Wert der neomarxistischen Frankfurter Krisentheorien der 1960er- und 1970er-Jahre. Letztlich hält er diese jedoch nur für eine Analyse der damaligen Zeit für interessant, während er ihnen für die heutige Situation wenig Erklärungskraft beimisst und sie im Weiteren auch kaum noch auftauchen.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich mit der Durchsetzung neoliberaler Reformen seit den 1980er-Jahren. Charakterisiert sieht er diese insbesondere durch den Übergang vom Steuer- zum Schuldenstaat. Den Schuldenstaat betrachtet er als neu-

artige politische Formation, die die Möglichkeiten demokratischen Handelns verändert. Etwas gegen seine eigene Titelmetapher von der «gekauften Zeit» argumentierend, zweifelt er daran, dass die zunehmende Verschuldung durch Druck der Bürger auf den Staat entstanden sei. Stattdessen sieht er den Schuldenstaat vor allem als Konsequenz der Steuerflucht des Kapitals an. Die ansteigenden Staatsschulden führen dazu, dass die Macht des Kapitals als Gläubiger der Staaten wächst und Staaten dem Urteil von Märkten in bisher ungekannter Masse ausgesetzt sind. Der Staat verfügt zwar generell über Machtmittel gegen die Gläubiger, doch Streeck sieht deren Einsatz fast nirgends am Werke und zweifelt daran, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird.

Im letzten Kapitel wendet sich der Autor den aktuellen Entwicklungen seit der Finanzkrise zu. Mit der jüngsten Krise sieht er den Übergang zum Konsolidierungsstaat als vollzogen an. Die EU wird dabei als Liberalisierungsmaschine gekennzeichnet, die die Möglichkeiten nationaler Wirtschafts- und insbesondere Währungspolitik schwächt. Die gegenwärtige Konsolidierung soll vor allem über Ausgabenkürzungen erfolgen, während die Gläubiger um jeden Preis geschont werden. Dies führe dazu, dass die demokratische Partizipation immer weiter beschnitten werden müsse, weil die Wähler eine solche Politik nicht bestätigen und zunehmend Entscheidungen durch nicht oder kaum demokratisch legitimierte Expertengremien getroffen würden. Für Streeck spricht darum alles dafür, dass die Verbindung von Demokratie und Kapitalismus zunehmend weniger gelingen wird und dass zumindest das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen, schon fast erreicht ist.

Dem äusserst pessimistischen Blick in die Zukunft entspricht, dass der Autor kaum Lösungsvorschläge für die Zukunft zu bieten hat. Sein Lob der Abwertung,

seine Idee zur Rückkehr zum Bretton-Woods-System und seine Vorschläge zur Auflösung der Währungsunion sind eher tastender Natur, und die Auswirkungen und Möglichkeiten dieser Schritte werden nur begrenzt diskutiert.

Für HistorikerInnen dürften aber auch weniger die Zukunftsprognosen als die Vergangenheitsanalysen von Interesse sein. Und hier liegen mit den Büchern von Thomas Piketty und Wolfgang Streeck nun zwei herausfordernde Analysen vor, die beeindruckende Ergebnisse erzielen, auch dadurch, dass sie sich den Analysemitteln der Politischen Ökonomie zuwenden und darum bemüht sind, ihre Erkenntnisse aus der Breite der Geisteswissenschaften und über enge Fächergrenzen hinweg zu generieren. Beide Autoren argumentieren dabei oft historisch und halten die historische Analyse für unverzichtbar. Dies sind erfreuliche Diskussionsangebote, und der historischen Zunft würde es gut anstehen, diese aufzugreifen. Sie täte dabei gut daran, sich nicht auf die beiden, allzu oft einzigen, Haupteinwände von HistorikerInnen gegenüber Grossentwürfen der sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen – erstens: es fing früher an und zweitens: es war alles etwas differenzierter – zu beschränken, sondern nach dem Fundament der tragenden Begrifflichkeiten zu fragen und gegebenenfalls eigene Begriffe zur Charakterisierung der Situation zu entwickeln.

In diesem Sinn seien hier abschliessend drei generellere Fragen zum besprochenen Buch aufgeworfen. Erstens scheint es mir zweifelhaft, dass die zum Buchtitel gewordene und einen Teil der Erzählung tragende Metapher von der «gekauften Zeit» hilfreich ist. Streeck betont selbst, dass der Übergang zum Schuldenstaat weniger von Politikern als von der Steuerflucht des Kapitals herbeigeführt wurde. Wenn man diesem Argument folgt, spricht aber wenig dafür, dass das Kapital so gehandelt hat, um Zeit zu kaufen, sondern

vor allem, um den eigenen Reichtum zu sichern. Und im generelleren Sinne könnte man einwenden, dass fast alles politische Handeln immer darauf ausgerichtet ist, Zeit zu kaufen, um die finale Krise der Gesellschaft zu verhindern und aktuelle Krisen zu minimieren, und dies darum kein Spezifikum der letzten Jahrzehnte darstellt.

Zweitens scheint mir Streecks Dreisprung Steuerstaat-Schuldenstaat-Konsolidierungsstaat der weiteren Prüfung und Konzeptionierung zu bedürfen. Zum einen gilt es hier, die Trennschärfe der Begriffe und die Frage nach den Übergangskriterien zwischen den Stadien zu prüfen. Zum anderen ist zu fragen, wie diese Abfolgen im 19. und frühen 20. Jahrhundert vor sich gingen und ob daraus Lehren für die gegenwärtige Periode gezogen werden können.

Drittens werfen sowohl das Buch von Piketty wie das von Streeck die Frage nach dem Zusammenhang von Akteur und Struktur auf. In beiden Büchern dominieren die Strukturen das Handeln, und die Rolle menschlicher Entscheidungen wird insgesamt gering veranschlagt. Bei Streeck taucht als grosse Handlungsmöglichkeit vor allem der Investitionsstreik des Kapitals auf, doch auch dieser scheint eher automatisch einzutreten, wenn bedingte Strukturveränderungen dies als notwendig erscheinen lassen. Bei Piketty werden immerhin auch die Mittelklassen berücksichtigt, und es wird betont, dass die grosse Veränderung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts darin besteht, dass die Mittelschichten in den reichen OECD-Ländern zu Kapitalbesitzern werden. Welche Veränderungen sich daraus für das politische Verhalten der Mittelklasse ergeben haben, dürfte eine der spannendsten Fragen sein, die sich HistorikerInnen in den nächsten Jahren auch durch die Anregung der gehaltvollen Studie von Wolfgang Streeck zur Beantwortung vorlegen können.

Marc Buggeln (Berlin)

Jean-Pierre Tabin, René Knüsel
Lutter contre les pauvres
Les politiques face à la mendicité
dans le canton de Vaud

Editions d'en bas, Lausanne 2014, 152 S., CHF 12.–

In verschiedenen westeuropäischen Staaten ist in den letzten zehn Jahren die Frage nach einem Bettelverbot in die politischen und medialen Debatten zurückgekehrt. Oft fokussieren sich diese Diskussionen auf die «Roma», ohne sich dabei vertieft mit der tatsächlichen Herkunft von BettlerInnen oder deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Bevölkerungsgruppe zu befassen. Der Diskurs wird vielmehr dominiert von einer deutlichen Abgrenzung gegenüber den als nicht zugehörig empfundenen BettlerInnen aus osteuropäischen Staaten. Dies ist der Bezugsrahmen des vorliegenden Essays von Jean-Pierre Tabin und René Knüsel zur Bettelpolitik des Kantons Waadt, das unter Mitarbeit von Claire Ansermet bei den Editions d'en bas erschienen ist. Der Politologe Knüsel und der Soziologe Tabin machen es sich zur Aufgabe, zu untersuchen, warum die «Roma» im Lauf der letzten Jahre auch in der Schweiz vermehrt als Bedrohung wahrgenommen werden und hier ebenfalls für eine steigende Popularität von Bettelverboten sorgen.

Diesem leitenden Erkenntnisinteresse widmen sich die Autoren aus drei verschiedenen Perspektiven, welche jeweils ein Kapitel des vorliegenden Werks bilden. Zunächst ist dies die historische Entwicklung der Wahrnehmung von BettlerInnen sowie der Bettel- und Sozialpolitik in westeuropäischen Staaten. Auf Basis der umfangreichen Literatur zur Geschichte des Bettelns und der Armut gehen die Autoren der Frage nach, welches Bild dem heutigen Umgang mit dem Betteln zugrunde liegt. Anhand von Beispielen aus der Schweiz und aus Frankreich wird zunächst das Bild der «Heiligen Armen» im Mittel-

alter nachgezeichnet: Bettelmönche, Kranke und Alte, die innerhalb christlicher Wertvorstellungen ihren festen Platz hatten. Im Lauf der Frühen Neuzeit veränderte sich dieses Bild durch die Konstruktion der «falschen» oder «fremden Bettler» – sogenannt unwürdige Arme, die eigentlich arbeitsfähig wären, sich aber von der Allgemeinheit finanzieren lassen. Die Folgen dieser Wahrnehmungsveränderung waren eine teilweise Strafbarkeit des Bettelns sowie eine verstärkte obrigkeitliche Regulierung der Almosenpraxis. So wurde eine Säkularisierung der Fürsorge eingeleitet, welche letztlich dem Staat das Recht einräumte, über die Verteilung von Unterstützungsgeldern zu bestimmen. Die sukzessive Monopolisierung durch den Staat bildet laut Tabin und Knüsel in Kombination mit einer normativen Konzeption des erwünschten Verhaltens von bettelnden Personen die Basis der heutigen Sozial- und Bettelpolitik.

In ihrem zweiten Kapitel widmen sich die Autoren denn auch dem heute dominierenden Bild von BettlerInnen sowie den daraus resultierenden politischen Massnahmen im Kanton Waadt. Zu dem Zweck analysieren sie in einem ersten Schritt den politischen Diskurs auf bundesstaatlicher, kantonaler und kommunaler Ebene, um sich daraufhin den Ebenen der Justiz und der öffentlichen Verwaltung zu widmen. Die Parlamentsprotokolle weisen dabei auf allen drei untersuchten Ebenen markante Ähnlichkeiten auf: Über die Parteigrenzen hinweg wird seit 2007 ein vermehrtes Bettelaufkommen festgestellt – dies durchwegs ohne Berufung auf statistisches Grundlagematerial. Die Autoren stellen diesbezüglich zu Recht eine Evidenzrhetorik fest, die es den Verfechtern von Bettelverboten ermöglicht, jegliche Zweifel an deren Nutzen oder Verhältnismässigkeit als Naivität seitens ihrer Gegner abzutun. Frappant ist darüber hinaus die hergestellte Nähe zwischen dem Betteln und kriminellen Organisationen – die oft mit den «Roma» assoziiert werden –

sowie die Unterscheidung zwischen «ehrlichen» und «unehrlichen» BettlerInnen. Die hier teilweise sehr detailliert angelegte Analyse erlaubt es den Autoren aufzuzeigen, inwiefern normative Konstruktionen das Bild erwünschter und unerwünschter BettlerInnen prägen: So wird beispielsweise Betteln aus Hunger im öffentlichen Diskurs als durchaus legitim betrachtet, solange die Bettelnden sich denn auch mit Naturalien zufrieden geben.

Der Diskurs auf der juristischen Ebene gleicht in vielen Belangen demjenigen auf der politischen Ebene. Hier führen die Autoren ein Bundesgerichtsurteil zum Genfer Bettelverbot sowie ein Kreisschreiben des Bundesamts für Migration ins Feld – beide Dokumente zeigen sowohl die Unterscheidung zwischen «guten» und «schlechten» Bettelnden als auch die vermutete Nähe zu kriminellen Netzwerken. Auch in diesem Themenkreis sind die Evidenzrhetorik und der damit verbundene Verzicht auf eine statistische Untermauerung portierter Beobachtungen bemerkenswert.

Im dritten Teil stellen sich Tabin und Knüsel schliesslich der Aufgabe, diese fehlenden Statistiken nachzuliefern und das Ausmass sowie die Gründe des Bettelns in der Stadt Lausanne zu klären. Dies geschieht mittels der Untersuchung von drei niederschweligen Fürsorgeangeboten und ihrer Klientel zwischen 2011 und 2013, wobei sowohl qualitative als auch quantitative Daten erhoben wurden. Die Anzahl bettelnder Personen lag im Untersuchungszeitraum jeweils zwischen 50 und 60 – für eine Stadt der Grösse Lausannes beileibe nichts Aussergewöhnliches. Einen Anstieg stellten die Autoren während des dreijährigen Untersuchungszeitraums nicht fest. Tatsächlich stammte gut die Hälfte der interviewten 23 Personen aus Rumänien, deren Zugehörigkeit zur Gruppe der «Roma» bleibt aber fraglich. Dies hat, wie die Autoren deutlich machen, auch damit zu tun, dass es sich bei den «Roma»

keineswegs um eine homogene Gruppe handelt – vielmehr dient der Begriff in den letzten Jahren vermehrt als Sammelbecken für unerwünschte Personen. Die Autoren wehren sich denn auch vehement gegen eine Ethnisierung des wahrgenommenen Bettelproblems und stellen fest, dass es sich dabei primär um ein politisch und medial konstruiertes Problem handelt.

Im Fazit plädieren die Autoren von ihren Feststellungen ausgehend für eine andere Politik im Umgang mit bettelnden Menschen: Für einen Umgang, der nicht mehr von unreflektierten Abwehrreaktionen, sondern vielmehr von Verständnis für Personen aus prekären Verhältnissen geprägt ist – auch und gerade bei Menschen aus osteuropäischen Staaten. Konkret fordern die Autoren eine Abkehr von der repressiven Politik, die in den letzten Jahren wieder salonfähig wurde, und die Schaffung von alternativen Verdienstmöglichkeiten für Menschen, die auf das Betteln angewiesen sind.

Abschliessend ist festzuhalten, dass es sich bei dem vorliegenden Essay vor allem um ein politisches Buch handelt, dessen Notwendigkeit ausser Frage steht: Der politische und juristische Diskurs zum wahrgenommenen Problem der bettelnden «Roma» verlangt dringend nach einer pragmatischeren Perspektive. Das vorliegende Werk wendet sich denn auch explizit an ein breites Publikum; ein Anspruch dem es unter anderem durch seine hervorragende Lesbarkeit gerecht wird. Aus einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive ist aber festzuhalten, dass der kurze historische Überblick ein wenig gar funktional erscheint. Ebenso lässt sich die relativ schmale Basis der Analyse des juristischen Diskurses kritisieren. Beide Punkte ändern aber nichts daran, dass es sich hierbei um ein wichtiges Buch handelt, dessen Lektüre allen interessierten Personen ans Herz gelegt wird.

Eva Keller (Bern und Paris)

Hans-Ulrich Wehler

Die neue Umverteilung

Soziale Ungleichheit in Deutschland

C. H. Beck, 4. Aufl., München 2013, 192 S., € 14,95

Der im Juli 2014 verstorbene Hans-Ulrich Wehler zählt zu den wichtigen Erneuerern der deutschen Geschichtswissenschaft seit den 1960er-Jahren. Die von ihm mitbegründete Zeitschrift *Geschichte und Gesellschaft* und sein Konzept einer theoretisch reflektierten, gegenüber den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften offenen Gesellschaftsgeschichte haben wesentlich dazu beigetragen, die Geschichtswissenschaft aus einer unproduktiven Verengung zu lösen, die besonders im deutschen Sprachraum (die Schweiz inbegriffen) lange Zeit dominierte. Als grosser Polemiker und Zuspitzer war er immer zuvorderst an den dadurch ausgelösten Debatten beteiligt.

Im Verlag C. H. Beck erschienen nicht nur die fünf Bände von Wehlers *Deutscher Gesellschaftsgeschichte*, sondern auch kleinere Beiträge in der Paperback-Reihe, wie der vorliegende von 2013, dem Anfang 2014 noch das Bändchen *Die Deutschen und der Kapitalismus* folgte. Von der Reihe vorgegeben sind der schlanke Umfang und günstige Preis, die auf ein breiteres Publikum zielen. Dies ist im Fall der «neuen Umverteilung» ausnehmend gut gelungen: Der Titel erscheint bereits in der vierten Auflage, was am Thema wie am bekannten Autor liegen wird. An der sprachlichen Darstellungsform kann es kaum liegen; sie wirkt wenig einladend, spröde und trocken.

Wehler geht von der Gegenwart aus, er spricht die Finanzkrise von 2007/08 an, überhöhte Managergehälter und obszöne Selbstbereicherung kleiner Gruppen, die immer mehr zur Belastung der Demokratie würden. Dass die Verabschiedung der klassengesellschaftlichen Strukturanalyse zugunsten der luftigen Kategorien von In-

dividualisierung und Lebensstil ein Irrweg sei, der alle empirischen Belege ignoriere, hat er schon mehrfach dargelegt (so in *Land ohne Unterschichten?*, in derselben Reihe, 2010). Das zielt unter anderem auf den zur Jahreswende 2014/15 verstorbenen Soziologen Ulrich Beck, allerdings nimmt Wehler nur flüchtig explizit auf ihn Bezug. So überzeugend der Hinweis auf die hohe Kontinuität sozialer Ungleichheit sein mag, versagt doch das Buch als kritische Gegenwartsanalyse mit historischer Tiefenschärfe. Ein erster Teil, «Sozialhierarchie und Hierarchietheorien: Die soziale Ungleichheit», (15–58) durchquert im Eilzugtempo die diesbezüglichen Theorieströmungen seit dem 18. Jahrhundert, von Marx und Zeitgenossen über Max Weber bis zu Pierre Bourdieu, dem Wehler besondere Reverenz erweist. Das ist nützlich und anregend als urteilsfreudiger Überblick, steht aber in keinem zwingenden Zusammenhang mit den nachfolgenden Teilen. Es folgt zunächst ein Abschnitt zur internationalen Debatte um die neue Ungleichheit, der indes von einer enttäuschenden Knappheit ist und wesentlich auf das Fazit zuläuft, die angelsächsische wirtschaftswissenschaftliche Diskussion klammere «so gut wie ausnahmslos die Probleme von Macht und Herrschaft» aus, obwohl doch die Phänomene der neuen Ungleichheit kein Ausdruck von Marktkräften seien, sondern die Folge von «Machtentscheidungen». (62) Die umfangreiche, zum Teil auch sehr kritische Literatur wird gar nicht näher vorgestellt. Für den Rest des Buchs wird es dann sehr deutsch, ohne dass die Kräfte der Globalisierung und die Wende zu einer börsengesteuerten weltweiten Finanzwirtschaft überhaupt ernsthaft diskutiert werden. Damit sind zentrale Triebkräfte des Wandels ausgeblendet, so dass Wehler wiederholt (und durchaus im Widerspruch zu seinem strukturtheoretischen Ansatz) in recht plakativer Weise auf Gier und Skru-

pellosigkeit als individuelle Motivationen verweist, als wären diese früher geringer gewesen. «Die grosse offene Frage bleibt, warum sich bisher so wenig Widerstand gegen diese masslose Einkommens- und Vermögenssteigerung geäussert hat.»

(83) Dies lässt sich in der Tat nur sinnvoll diskutieren, wenn die sich rasch verändernde Ordnung der Weltwirtschaft, der Aufstieg neuer wirtschaftlicher Mächte, eine sich verändernde internationale Arbeitsteilung und die Kräfte der Migration mit einbezogen werden. Die Darstellung bleibt in dem Widerspruch stecken, den bereits Titel und Untertitel erkennen lassen: *Die neue Umverteilung* spricht eine internationale Problematik an, die aber als *internationaler* Vorgang nicht ernst genommen wird. *Soziale Ungleichheit in Deutschland* präsentiert sich als Faktenkompendium auf reduktionistischer Basis, das den Grossteil des Buchs füllt. Gewiss findet sich in den Abschnitten zur jüngeren Einkommens- und Vermögensentwicklung eine Fülle eindrucklicher Daten, Frucht der immensen Belesenheit Wehlers; besonders relevant erscheinen Angaben zur gegenwärtigen Vererbungswelle riesiger Vermögen aus der Nachkriegszeit, ohne dass der Steuerstaat zugreift. Aber auch dort fehlt der historische Längsschnitt: Der Rezensent hätte anstelle additiver Anhäufungen mancher Nebensächlichkeiten lieber erfahren, ob es neben der neuen nicht auch ältere Umverteilungen gab und wie sich jene im Vergleich zur aktuellen sozialen Ungleichheit präsentieren (siehe hierzu Gisela Hürlimann im nachfolgenden Beitrag über Thomas Piketty). Wie sah es in dieser Hinsicht am Vorabend des Ersten Weltkriegs aus, wie am Ende der deutschen Hyperinflation 1923, wie vor der grossen Weltwirtschaftskrise? Und dann: wie weit kann man amtliche Statistiken zur Einkommens- und Vermögensverteilung für bare Münze nehmen? Dass Ökonomen dies tun, ist man gewohnt, vom Historiker

würde man eine Diskussion von deren Qualität erwarten.

Am Ende des kleinen Buchs folgt der Anhang der Anmerkungen und Literaturhinweise: Statt einiger wichtiger und kommentierter weiterführender Titel, wie man es von einem Überblick wünschen würde, wird der Leser überschüttet mit weiteren Auflistungen. Im Detail betrachtet, leidet der Text unter dem komprimierten Gebrauch sprachlicher Abstraktionen, die bisweilen zu gesellschaftlich agierenden Kräften werden, was ebenso dem Ansatz wie der geforderten Knappheit geschuldet sein mag. Im hastigen Bestreben, dann auch noch Gesundheit und Alter, Heiratsmärkte und Wohnbedingungen auf den Punkt zu bringen, entgleist Wehler bisweilen in kulturkritische Plattitüden unter Verlust jeglichen logischen Zusammenhangs. «Die standardisierte Warenwelt in den allgegenwärtigen Filialen der Kaufhausketten förderten die Sterilisierung der Wohnqualität, damit auch die Verödung der Stadtzentren nach Geschäftsschluss.» (133) Erst recht nicht weiterführend ist die von ihm schon mehrfach vorgebrachte Kritik an der türkischen Migration, die eher Teil einer deutschen Befindlichkeit als wissenschaftliche Analyse darstellt. Den vielfältig schillernden und gebrochenen Realitäten der aktuellen gesellschaftlichen Dynamik wird man auf diesem Weg nicht näher kommen. Dazu hat vielleicht doch der «luftige Soziologe», Ulrich Beck, Aufschlussreicherer zu sagen gehabt.

Mario König (Basel)

Politische Arithmetik in Zeiten der Ungleichheit: ein Besprechungssessay

Thomas Piketty

Das Kapital im 21. Jahrhundert

Aus dem Französischen von Ilse Utz und
Stefan Lorenzer

C. H. Beck, München 2014, 816 S., CHF 44.90

Eine Besprechung der mittlerweile wohl Hundertschaft von Rezensionen, die dieses aussergewöhnliche Buch seit 2013, als es zuerst auf Französisch und bald auch auf Englisch erschien, ausgelöst hat, dürfte kaum weniger aufwändig sein, als die Aufgabe, sich als Rezensentin selbst durch den Wälzer – über 800 Seiten in der deutschen, 970 Seiten in der französischen und knapp 700 Seiten in der englischen Edition – zu pflügen. Um es gleich vorweg zu nehmen: Ja, Monsieur Piketty hätte die Geschichte vom verstörenden Effekt eines übergrossen Kapitalstocks und einer allzu mächtigen Kapitalrendite, die im 19. wie im 21. Jahrhundert zu erheblicher sozioökonomischer Ungleichheit führen und mangels Wahrscheinlichkeit weiterer Weltkriege, die im 20. Jahrhundert egalisierend wirkten, am besten mit stark progressiven Steuern zu regulieren seien, auch prägnanter erzählen können. Man kann ihm, dem französischen Ökonom mit einer mathematischen Ausbildung, der nach einem Aufenthalt am *Massachusetts Institute of Technology (MIT)* in den 1990er-Jahren entschied, seine Karriere vorläufig in Frankreich fortzusetzen und dort Leitungs- respektive professorale Funktionen an der *Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales (EHESS)* und an der *Ecole d'Economie de Paris* einnimmt, diesen Hang zur voluminösen Geste nach 15 Jahren Forschung aber auch nicht ganz verdenken. Dies umso mehr, als der neuste Wurf eine weltmarktaugliche Erweiterung seiner Studie von 2001 *Les hauts revenus en France au 20e siècle: inégalités et*

redistribution, 1901–1998 (807 Seiten) darstellt. Piketty dürfte in der Schweiz wohl zuerst wegen der zusammen mit Fabian Dell und Emmanuel Saez verfassten, auf Steuerdaten basierenden Analyse der schweizerischen Einkommens- und Vermögenskonzentration im 20. Jahrhundert wahrgenommen worden sein. Erstmals 2005 an der *London School of Economics (LSE)* publiziert, wurde der Aufsatz 2007 Teil des voluminösen, vom Doyen der Verteilungsökonomie Anthony B. Atkinson zusammen mit Piketty herausgegebenen Sammelbands *Top-Incomes over the Twentieth Century*. Das alles ist deshalb relevant, weil es zeigt, worauf Piketty auch in der Einleitung und in verschiedenen Fussnoten hinweist, dass sein *Kapital* als vorläufiger popularisierter Höhepunkt von vorwiegend seit den 1990ern durchgeführten Forschungen eines transnationalen Denk- und Rechenkollektivs zu verstehen ist. Dieses Korpus umfasst nicht nur Dutzende Länder- und komparative Studien, sondern auch eine Datenbank mit historischen Zeitreihen nach Ländern, die *World Top Incomes Database (WTID)*; Open Access für alle Interessierten, so wie es sich für eine mit Steuergeldern ermöglichte akademische Forschung gehört: <http://topincomes.parisschoolofeconomics.eu/>.

Im Zweifelsfall empfiehlt es sich übrigens, die vermutlich etwas hastig entstandene deutsche Übersetzung mit dem französischen Text zu vergleichen. Denn es mag in der Tat «bestürzend» sein, dass in allen von Piketty untersuchten Gesellschaften die Hälfte der Gesellschaft fast gar nichts an Vermögen besitzt. (338) Aber im französischen Original schreibt der Autor «frappant», (404) was doch distanzierter mit «auffällig» oder «frappierend» zu übersetzen wäre. Während das noch lässlich ist, wird es dort verwirrend, wo Piketty von «*revenu national*» (französische Ausgabe, 266) spricht – einer

Grösse aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die früher als Sozialprodukt bezeichnet wurde – und die deutsche Ausgabe den Begriff an dieser Stelle mit «Nationalvermögen» (223) übersetzt. *Das Kapital des 21. Jahrhunderts* (im Folgenden: *Das Kapital*), das natürlich an *Das Kapital* des 19. Jahrhunderts von Karl Marx erinnern will, besteht aus einer Einleitung, einer Schlussbetrachtung und einem Hauptteil, (61–783) der sich aus den vier Teilen zusammensetzt: *Einkommen und Kapital*, *Die Dynamik des Kapital-Einkommens-Verhältnisses*, *Die Struktur der Ungleichheit* und *Die Regulierung des Kapitals im 21. Jahrhundert*. Jeder Teil enthält zwei bis sechs fortlaufend nummerierte Kapitel, insgesamt sind es 16. Die in Genf lehrende Wirtschaftshistorikerin Mary O’Sullivan hat schon deshalb recht, wenn sie Pikettys Titel ernst nimmt und ihn vor allem als Autor eines Buchs lesen will, das die Beziehung zwischen Wirtschaftswachstum, Kapitalakkumulation und Ungleichheit ausleuchtet. Weil sie ihre Kritik, auf die ich noch zurückkomme, vor allem an diesem Anspruch aufbaut, soll hier arbeitsteilig mehr von den *Strukturen der Ungleichheit*, die das Movens von Pikettys Forschungen und gesellschaftspolitischen Vorschlägen bilden, die Rede sein. Der dickleibige Band enthält zudem 97 Grafiken und 11 Tabellen, deren Quellen im Buch selbst nicht detailliert angegeben werden. Stattdessen erfolgt ein Verweis auf einen technischen Anhang, der sich jedoch auf Pikettys Website zu diesem Buch befindet: <http://piketty.pse.ens.fr/capital21c> (auf Französisch und Englisch). Hier können auch alle Grafiken und Tabellen als PDF und als Exceldateien heruntergeladen werden, zusätzlich eine Präsentation mit den wichtigsten Thesen sowie Auszüge aus dem Buch. Etwas irritierend ist, dass bei den Quellen der einzelnen Darstellungen wiederum dieselbe Webadresse genannt wird und man schon

einen reichlich versteckten Ordner mit den *Raw Data Files* finden muss, um zu den Originalquellen zu gelangen.

*Frankreich, USA und Grossbritannien
im 19. Jahrhundert bis 2010 im Fokus*

Der Schwerpunkt der empirischen Betrachtungen liegt auf dem auch von der Datenlage her am besten dokumentierten Frankreich, dessen Patrimonialkapitalismus und egalitaristische Selbstzuschreibungen Piketty vorab mit den USA, dann auch mit Grossbritannien und zuweilen mit Schweden und Deutschland vergleicht. Für diese Länder verfügt der Autor über Steuer-, Einkommens- und Vermögensdaten, die teilweise bis ins späte 18. Jahrhundert zurückreichen, sicher aber bis in die 1910er-Jahre. Changierend kontrastiert er die angelsächsischen Länder mit Kontinentaleuropa oder gar mit dem rheinischen Kapitalismus oder aggregiert die untersuchten europäischen Länder zu Europa, das er mit Nordamerika vergleicht. Sehr viel dünner wird die Datenlage dann für Entwicklungs- und Schwellenländer. So versucht Piketty, auch für Afrika und Asien Daten aus der von Angus Maddison und anderen retropolierten Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zu präsentieren.

Für China – um das ein Ökonom, der etwas auf sich hält, heute nicht mehr herumkommt, wie auch die letzten Kapitel des Buchs zeigen – und Kolumbien – mit dem Piketty auch noch Lateinamerika ins Boot holt – bemüht der Autor sich auch um Ungleichheitsanalysen, wobei er nur auf relativ rezente Steuerstatistiken zurückgreifen kann.

*Die «Schönheit der Perzentile»:
Wie soll man Ungleichheit messen?*

Der Einstieg mit dem Hinweis auf die Daten, auf den ich gleich eine methodische Diskussion um die Messung folgen lassen werde, macht deshalb Sinn, weil Piketty nichts weniger im Sinn hat als eine «arithmétique politique» im Sinn der *Grande Encyclopédie* von Diderot, (französische Ausgabe, 355) die an die wunderbaren sozioökonomischen Schichtungs- und Verteilungstabellen für England von Gregory King im späten 17. Jahrhundert und die Sozialstatistiken des 18. und 19. Jahrhunderts anschliesst. Pikettys diesbezügliche Fragen lauten: Wie waren und sind die Vermögen sowie das Einkommen aus Kapital und Arbeit verteilt? Weshalb war der Reichtum bis 1914 so extrem ungleich verteilt? Was passierte dann und weshalb liegt die Kapitalungleichheit im frühen 21. Jahrhundert trotz der «Rückkehr des Kapitals» (und der Erbschaften) unter diesen Extremwerten? Und: Wie sicher können wir sein, dass es nicht mehr zu solchen Rekordwerten wie vor 1914 kommt, oder: wie lässt sich dies verhindern? In vielerlei Weise ist *Das Kapital* auch als Kampfschrift zu lesen, so etwa zur adäquaten Methode, um Ungleichheit zu messen: nämlich nicht mit dem Gini-Koeffizienten, wie ihn die meisten internationalen (Weltbank, OECD, IWF) und auch schweizerischen Untersuchungen (etwa der eidgenössischen Steuerverwaltung) zur Einkommens- und Vermögensverteilung anwenden, sondern eben über die *hauts revenus* beziehungsweise *top incomes*: als Anteil, den die reichsten 10, 1 oder 0,1 Prozent der Bevölkerung am «Nationaleinkommen» und/oder Gesamtvermögen beziehen und besitzen. Ein Grossteil der Grafiken und Tabellen bezieht sich auf diese Gruppen.

Diese methodologische Entscheidung, die sozioökonomische Ungleichheit über die Einkommens- und Vermögenskonzentrationen zu messen, ist eine

tration beim obersten Dezil und Perzentil zu definieren, erweist sich als fundamental für Pikettys wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Auffassungen. Er kritisiert an «synthetischen Indikatoren» wie dem Gini-Koeffizienten, der die Konzentration von Gütern innerhalb der *gesamten* Gesellschaft misst und sie zwischen 0 (alle verdienen oder besitzen gleich viel) und 1 (eine Person hat alles) verortet, dass es damit unmöglich sei, eine mehrdimensionale Realität in einem eindimensionalen Indikator zusammenzufassen und wirft solchen Indikatoren vor, einen «abstrakten und blutleeren Eindruck von der Ungleichheit» zu vermitteln. Dagegen würden Verteilungstabellen mit Perzentildarstellungen uns alle dazu zwingen, «uns das Einkommens- und Vermögensniveau der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen» vor Augen zu führen. (351) Ja, die «*beauté des déciles et centiles*», (französische Ausgabe, 396) die für Piketty eine abstrahierte und modernisierte Form des Redens über «Bauern oder Adelige, Proletarier oder Bourgeois, Angestellte oder Führungskräfte» darstellt, liege darin, «dass sie [die Perzentile] uns erlauben, Ungleichheiten und Zeiten zueinander in Beziehung zu setzen, die sich anders nicht vergleichen liessen, und eine gemeinsame, prinzipiell für jeden annehmbare Sprache bereitzustellen». (331) Die Sprache der Perzentile und auch der Formeln, von denen Piketty jene zur das Wirtschaftswachstum übersteigenden Kapitalrendite ($r > g$) und jene zum ungünstigen Kapital-Einkommens-Verhältnis als Resultat einer Sparquote, die die Wachstumsrate übertrifft ($\beta = s/g$) unermüdlich wiederholt, soll also ein dynamisches, gleichsam zeit- und ortsunabhängiges Reden über soziale Verhältnisse ermöglichen.

Genau hierin liegt eines der Probleme: Denn so historisierend Piketty die Sache auch angeht – mit den vielen und teilweise exzellenten historischen Steuerstatistiken,

mit den schon eher diskutablen BIP-Zeitreihen, mit der Verarbeitung eines Korpus von kliometrischen Studien, die ihrerseits mit wirtschafts- und sozialhistorisch relevanten Quellen wie Nachlassverzeichnissen gearbeitet haben, mit den Hinweisen auf die Einkommens- und Vermögensverhältnisse literarischer HeldInnen in Romanen des 19. Jahrhunderts und mit Referenzen auf die Klassiker der Nationalökonomie von Smith über Malthus, Ricardo und Marx bis zu Kuznets –, so bleiben seine eigenen Einkommens- und Vermögensgruppen insgesamt recht blutleer. Die Vermögenden haben noch eine gewisse Kontur, wenn auch eine recht buntscheckige: Das oberste Dezil, die obersten 1 oder 9 Prozent, werden mit dem französischen Adel des 18. Jahrhunderts, den Rockefellers und Carnegies des 19. Jahrhunderts oder schwerreichen Unternehmern und Erbsinnen im späten 20. Jahrhundert assoziiert. Im Vergleich dazu bleibt die Mittelschicht, deren Ausmass Piketty auf seit 1910 durchgehende 40 Prozent beziffert, (326–328) relativ blass. Dabei bezeichnet der Autor die Genese einer «vermögenden Mittelschicht» (460) als einen der wichtigsten Gründe, weshalb der Vermögensanteil der reichsten 10 Prozent zwar heute wieder bis zu 70 Prozent (in den USA und Grossbritannien) beträgt, aber eben nicht mehr bis zu 90 Prozent, wie es in der Belle Epoque der Fall war. Zwar beharrt Piketty zu Recht darauf, dass die «Ökonomie der Superstars» – übrigens ein Begriff des US-amerikanischen Ökonomen Sherwin Rosen von 1981 –, also die astronomische Vergütung von Topmanagern Resultat von Verhandlungsmacht und nicht von Marktesetzen sei. Aber das mag für alle ausser ÖkonomInnen mit einem neoklassischen Tunnelblick eine Binsenwahrheit sein. Da hätte es nicht geschadet, das eigene Material um entsprechende soziologische und politikwissenschaftliche Forschungen zu

Wirtschaftseliten sowie zu Machstrukturen anzureichern, die zu erklären versuchen, in welchen institutionellen Settings welche Akteursallianzen eine pro- oder antire-distributive Politik begünstigen (vgl. für Schweden etwa die Forschungen von Walter Korpi und Joakim Palme).

Gut in der Historisierung

Nun liesse sich einwenden, dass Piketty sich als Ökonom nicht primär mit soziologischer, politologischer oder historischer Forschung jenseits der Klonometrie auseinander zu setzen braucht. Er selbst wirft aber der eigenen Zunft vor, zu sehr in Mathematik und Spekulationen verliebt zu sein und fordert dazu auf, Methoden und Ansätze anzuwenden, «mit denen auch die Historiker, Soziologen und Politikwissenschaftler arbeiten». (54) Doch Referenzen auf historische Werke zu Industrialisierung, Reichtum, Einkommen und Kapital oder auf die Welfare-Regime-Forschung finden sich wenige. Lediglich auf Pierre Rosanvallon, den DDR-Wirtschaftshistoriker Jürgen Kuczynski mit seiner Geschichte zur Lage der Arbeiter im Kapitalismus, den US-Wirtschaftshistoriker Peter H. Lindert und ganz am Schluss auf François Furet wird verwiesen. Auch die Finanzsoziologie findet keine explizite Erwähnung, weder die klassische von Schumpeter – der allerdings als düsterer Augur des Kapitalismus auftaucht – und Rudolf Goldscheid – der 1917 das Bild eines apokalyptisch verschuldeten Steuerstaats an die Wand malte – noch die *New Fiscal Sociology*, unter deren Dach HistorikerInnen und historisch interessierte SoziologInnen spannende Studien zum historischen Zusammenhang von Steuerregimen und Ungleichheiten verfassen (vgl. Isaac M. Martin, Ajay K. Mehrotra, Monica Prasad, 2009). Ähnlich ergeht es auch französischen Steuerhistorikern, mit

Ausnahme von Nicolas Delalande, der in einer Fussnote auftaucht. Dagegen kennt sich Piketty mit der klassisch-ökonomischen und einem Teil der finanzwissenschaftlichen Literatur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts gut aus, deren Autoren er überzeugend in ihrem zeitgenössischen Kontext verortet.

Hübsch auch, wie Piketty aktuelle Wahrnehmungen über eine quasi naturwüchsige Ungleichheit in den USA nicht nur mit Daten relativiert, sondern auch mit Zeitzeugnissen, die eine tiefe Verstörung über die Zerstörung des liberal-egalitären Traums zum Ausdruck bringen: So etwa beim Ökonom Irving Fisher, der 1919 von einer «undemocratic distribution of wealth» spricht und eine stark progressive Besteuerung zur Abhilfe fordert. (680 f.) Dies geschieht allerdings bereits im Kriegs- und damit Krisenkontext, der, wie Piketty nicht müde wird zu betonen, überhaupt die Wende brachte hin zu einer beinahe konfiskatorischen Besteuerung der höchsten Einkommen und Vermögen in den USA, aber auch in Grossbritannien. Hier argumentiert Piketty durchaus überzeugend, dass solche Spitzensteuersätze von 70 bis gar 98 Prozent (Letzteres in England) nicht vorwiegend der staatlichen Einnahmegenerierung – etwa zum Ausbau des umverteilenden Sozialstaats – dienen würden, sondern direkt dem Abbau allzu starker Vermögensungleichheit und lenkenden Charakter hatten: Astronomische Honorare lohnen sich schlicht nicht, wenn sie am oberen Ende de facto weggesteuert werden. Überhaupt macht Piketty einige zwar nicht neue, aber immer wieder relevante Überlegungen zum Zusammenhang von formaler Gleichheit, wie sie die Atlantischen Revolutionen postulierten, und der Ungleichheit, wie sie am und durch den Markt resultiert, wenn die Eigentums-garantie auch zu den erkämpften und verteidigten Freiheitsrechten gehört – wodurch dann Umverteilung durch den

Sozialstaat erst nötig wird (siehe dazu insbesondere Kapitel 13). Schön ist auch, wie er den liberalen Meritokratie-Diskurs als Rechtfertigungsmaschinerie für die Privilegien von Eliten im demokratischen Kontext – etwa durch einen nach wie vor ungleichen Bildungszugang oder eben durch sehr ungleiche Entlohnung aufgrund angeblich unglaublich hoher Qualifikation und Verantwortung – entlarvt. (Bes. 653) Positiv anzurechnen ist ihm und dem Forschungskollektiv, in dem er sich bewegt, auch, dass dieses sich gewissermassen in die Tradition von Simon Kuznets und dessen Buch *Shares of Upper Income Groups in Income and Savings* von 1953 stellt und kritisch-verbessernd an dessen historische Zeitreihen anknüpfen will.

*Die Liebe zu Weltformeln
und das Verhindern weiterer Divergenz*

The Capital ist in den USA ein Riesenhit und Balsam für die von explodierender Ungleichheit gequälten Seelen. Das zeigt auch die folgende Anekdote: Als die Rezensentin in New York am Stephans-tag an einer Restauranttheke in Pikettys Buch las, wurde sie von einer jungen Frau angesprochen, die sie freudestrahlend auf einen baldigen zweiten Event mit Piketty in der Stadt der Wall Street hinwies. Die *Financial Times* hat Piketty, der in seinem Buch die Gilde der amerikanischen Top-Ökonomen als ihren Eigennutz nur schlecht kaschierende Apologeten von ökonomischer Ungleichheit einige Male in den Senkel stellt, wegen seiner Berechnungs- und Schätzungsmethoden zwar hart kritisiert. Doch der Guru der links-liberalen – will heissen: der Demokratischen Partei nahe stehenden – Ökonomen Paul Krugman hält seine schützende Hand über den französischen Kollegen, der seinerseits einst die französischen SozialistInnen beriet, aber Ende 2014 eine

Ehrung durch die Regierung von François Hollande zurückwies.

Allerdings kann es auch oder gerade Nicht-Ökonomen ob Pikettys Methoden teilweise schwindlig werden, und zwar nicht mangels intellektuellen Verständnisses. Das fängt schon bei seinen Welt- oder Kapitalismus-Formeln an. Zwar gibt sich der Autor durchaus Mühe, seine inzwischen viel zitierte Grundformel $r > g$ und seine beiden «fundamentalen Gesetze des Kapitalismus» (78 ff. und 219 ff.) herzuleiten. Die Grundformel lautet in Worten: Die Kapitalrendite r – bei Marx ist das die kapitalistische Profitrate – ist tendenziell und in einer langfristigen Perspektive höher als das Wirtschaftswachstum g . Dadurch vergrössert sich der Einfluss des Kapitals (Vermögen, Einkommen aus Kapital) am Nationaleinkommen (und BIP) und gegenüber den Einkommen aus Arbeit, was Ungleichheit schafft und verschärft. Diese erste Formel komplementiert Piketty vorwiegend durch sein «erstes fundamentales Gesetz des Kapitalismus», wonach das Verhältnis zwischen Kapital und Einkommen β das Resultat einer Division der Kapital-Sparquote s durch die Wachstumsrate der Produktion g ist. Ist die Sparquote hoch und/oder die Wachstumsrate klein, resultiert ein höherer Anteil des Kapitals am Nationaleinkommen. Gestützt auf empirische Daten zeigt der Autor anhand der Perzentilverhältnisse, wie hoch der Kapitalanteil bis zum Ersten Weltkrieg in Ländern wie Frankreich, Grossbritannien, Frankreich oder auch Schweden war. Der Zeit der Kriege und Krisen zwischen 1914 und 1945 kann Piketty gar nicht genug Wichtigkeit in ihrer transformativen Wirkung auf Staaten und Gesellschaften einräumen: «Es sind die Kriege, die im 20. Jahrhundert die Vergangenheit gleichsam ausradiert und die Illusion vermittelt haben, der Kapitalismus sei strukturell überwunden.» (159) Es hätte der Redlichkeit des Arguments nicht geschadet,

wenn der Autor darauf hingewiesen hätte, dass die Kriegsthese für den – kaum reversiblen – Ausbau des Ausgaben- und Steuerstaats längst etabliert ist. Innerhalb der Ökonomenzunft mit ihrem Hang zu Gesetzmäßigkeiten ist insbesondere an Alan Peacock und Jack Wiseman mit ihrer Untersuchung für Grossbritannien zu denken (*The Growth of Public Expenditure in the United Kingdom*, 1961).

Piketty kann sich gleichwohl nicht ganz entscheiden, ob er die Kriegs- und Krisenereignisse und ihre Folgen vor allem als exogene «Schocks» behandeln will oder nicht auch ein Stück weit als Folge der internen Widersprüche des kapitalistischen Systems, wie es vor allem die marxistische Orthodoxie sieht. Lediglich zwischen 1950 und 1970, als rasches und starkes Wirtschaftswachstum mit von Kriegen und Krisen mitgeprägten regulatorischen (Banken, Kapitalverkehr), fiskalischen (hohe progressive Steuern) und sozialpolitischen (Aufbau und Ausbau von Sozialversicherungen, öffentlichen Bildungs- und Gesundheitssystemen) verkoppelt wurde, ging die Kapitalrendite zurück. Sowohl Jean Fourastié wie eben vor allem Simon Kuznets – neben Marx die wichtigste Referenz und Folie, auf die sich Piketty bezieht und von der er sich emanzipieren will – vermochten das Exzeptionelle der Nachkriegszeit noch nicht zu sehen und gingen davon aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung mehr oder weniger von selbst mehr Gleichheit schaffen würde. Hier müsste Simon Kuznets wenigstens zugutegehalten werden, dass er in seinem Aufsatz «Economic Growth and Income Inequality» von 1955 die Möglichkeit, dass sozialstaatliche und fiskalpolitische Massnahmen einen noch grösseren Effekt auf die Abnahme der Einkommensungleichheit in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausübten als Wachstum und sektoraler Strukturwandel, ernsthaft erwog. Im Übrigen haben auch

schon andere Wirtschaftshistoriker wie etwa Werner Plumpe (*Wirtschaftskrisen*, 2010) oder die Autoren des Bands *The Shock of the Global. The 1970s in Perspective* (Niall Ferguson et al., 2010) auf die Ausnahmesituation der Zeit zwischen 1945 und 1970 hingewiesen.

Schwerer ins Gewicht fällt, dass Piketty sich für das, was in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts geschah – inklusive der Rezession der 1970er-Jahre und ihren Gründen –, nicht wirklich interessiert. Die Rückkehr schwächeren Wachstums und zyklischer Schwankungen mag nebst einigermaßen kontingenten Ereignissen und Entwicklungen, die mit dritter industrieller Revolution, dem Ende der internationalen Währungsstabilität und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs, mit Globalisierung und dem Fall der Mauer nur unzulänglich resümiert werden können, ein Wiederaufflackern der interpersonellen Ungleichheit innerhalb vieler Länder – bei gleichzeitiger Abnahme der Ungleichheit zwischen alten Industrie- und Schwellenländern! – begünstigt haben. Eine wachsende Vermögenskonzentration im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert und das «racing away» der Spitzeneinkommen sind jedenfalls ein vielbelegter Fakt. Dieses Faktum treibt Piketty an in seiner Furcht, die «divergenzfördernde Kraft» der Kapitalrente – die der Autor eher als «eine historische Realität» denn «als eine absolute logische Notwendigkeit» bezeichnet (468) – könnte wieder in neue Rekordhöhen der Ungleichheit führen. Aber lassen sich auf Formeln eingedampfte «historische Realitäten» wirklich bis ins Jahr 2100 oder gar 2200 extrapolieren? Piketty wagt es in seinen Szenarien (471–473) und gelangt zum Schluss, 2200 könnte man punkto Kapitalkonzentration und Ungleichheit an einem fast gleich hohen – schlimmen – Ort landen wie vor der Industrialisierung. Weil Piketty selbst nicht nur einen angenehmen Hang zur Hochliteratur,

sondern auch zu Trivialerem – Fernsehserien wie *Mad Men* und Trickfilmen wie den *Aristocats* – hat, sei der Rezensentin hier die Evozierung des dystopischen Hollywood-Spektakels *Elysium* erlaubt, in dessen Trailer es heisst (2013): “The Year 2154. Humanity is Divided between Two Worlds. We live on Earth. The Privileged Live on Elysium.”

Damit solche Zustände nicht eintreten, plädiert Piketty in Teil IV für den Ausbau des Sozialstaats, auf dessen Genese im 20. Jahrhundert er auch kurz zurückblickt (Kapitel 13), und für ein «ideales Steuersystem», (711) das die Stärkung progressiver Einkommenssteuern und der progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuern (beides in Kapitel 14) sowie die Einführung einer globalen Kapitalsteuer (Kapitel 15) auf den Gesamtvermögen der Superreichen vorsieht. Neuere Forschungen zeigen, dass Länder wie die USA oder die Schweiz, die vor allem auf progressive Steuern setzten und – im Fall der Schweiz bis 1993 – nicht auf Mehrwertsteuern, eine schlechtere Umverteilungsbilanz aufweisen. Es scheint nämlich der Mix aus progressiven Einkommens- und Erbschaftssteuern und schon früh eingeführten, hohen Mehrwertsteuern für einen umfassenden Sozialstaat zu sein, der das skandinavische Umverteilungswunder ermöglichte. Indem Piketty diese Zusammenhänge ignoriert, stellt er sich in die Tradition des von ihm auch zitierten amerikanischen Finanzwissenschaftlers Edwin Seligman, der im späten 19. Jahrhundert einer der unermüdlichsten Advokaten einer progressiven Besteuerung war. Von dieser schrieb übrigens John Kenneth Galbraith in den 1950ern, sie habe wie keine andere Institution dazu beigetragen, den Kapitalismus zu erhalten, indem sie die Reichen moralisch entlastete, während die durchschnittlichen ArbeiterInnen über ihre vergleichsweise geringe Steuerschuld erleichtert waren (*American Capitalism*, 1952).

Die «nützliche Utopie» einer globalen Kapitalsteuer präsentiert Piketty gleichsam als bessere Alternative zu den vor allem von China vorexerzierten Kapitalverkehrskontrollen, denen er Tribut zollt, und zum von den USA und der OECD stark vorangetriebenen automatischem Bankdatenaustausch zur Verhinderung und Aufdeckung von Kapitalflucht und Steuerhinterziehung. Hier geraten dann auch internationale Steueroasen wie die Schweiz ins Visier des Forschers. Denn das Ziel von Teil IV ist nichts weniger als die «Regulierung des Kapitals» beziehungsweise des Kapitalismus im 21. Jahrhunderts.

*Zwischen Ökonomievorlesung und
«belles-lettres», trotzdem inspirierend*

Spätestens an dieser Stelle müsste die Rezensentin auf den schillernden Kapitalbegriff von Piketty eingehen. So verdienstvoll es ist, Einkommen, Vermögen, Staatsanleihen und Aktien letztlich Individuen und sozialen Gruppen zuzuordnen, so sehr bringt Piketty einen Teil der ÖkonomInnen und der WirtschaftshistorikerInnen gegen sich auf, wenn er das Industriekapital in seinen produktiven, unternehmerischen Dimensionen und die Institution des Unternehmens an sich vernachlässigt. Mary O’Sullivan schreibt dazu etwa: “Piketty omits any historical analysis of capital: capital to buy machines or to hold inventories, capital, that is, in the most prosaic sense of the term.” Piketty, den O’Sullivan für einen intelligenten Diagnostiker von Ungleichheit, nicht aber der historischen Rolle von Kapital und Wachstum hält, erkenne nicht, dass das, was er als Ökonom gelernt habe, nicht zu den Lehren aus der Geschichte passe (Mary O’Sullivan, «Capital: The Blind Spot of Capitalism – a review of *Capital in the 21st Century* by Thomas Piketty», vom 6. Oktober 2014, veröffentlicht unter <http://www>).

unige.ch/sciences-societe/inhec/files/5714/1683/5648/Piketty061014.pdf, erscheint in der *American Historical Review*). Insofern ist nicht gewiss, ob Pikettys Weltformeln ähnlich nachhaltig wirken werden wie dies im Bereich der öffentlichen Finanzen mit dem im späten 19. Jahrhundert formulierten Wagner'schen Gesetz von der steigenden Staatsquote der Fall war, das ebenfalls aus einer beobachteten historischen Entwicklung Regelmässigkeiten und Prognosen abzuleiten versuchte.

Vielleicht muss man *Das Kapital* aber auch weniger als Versuch einer Wirtschaftsgeschichte lesen, denn vielmehr als eine ausgedehnte Vorlesung, die sich an Ökonomie-Studierende, an ein breites Publikum und an politische EntscheidungsträgerInnen wendet und die einige ökonomische Lehrbuchweisheiten relativieren will, ohne der neoklassischen Synthese ganz abzuschwören. Piketty schätzt nicht nur die Werke der «historischen Schule» der Nationalökonomie. Er fordert in seinem Schlussplädoyer für eine «politische Ökonomie» (788) gewissermassen

auch deren Revival. Und auch wenn man sich darüber ärgern mag, dass Piketty Romane als historische Quellen behandelt: Es fasziniert, wie er die sozioökonomischen Informationen aus der Vita von Balzacs tragisch verarmendem Nudelfabrikanten *Père Goriot*, der dank Piketty ein steiles Revival erleben dürfte, heraus filtert oder die von Jane Austen im Grunde sarkastisch sezierte englische Rentiergesellschaft mit den statistischen Vermögens- und Einkommensverhältnissen ihrer Zeit in Verbindung bringt. Einleitend schreibt Piketty: «Die Verteilungsfrage ist zu wichtig, um sie allein den Ökonomen, Soziologen, Historikern und Philosophen zu überlassen. Sie interessiert jedermann, und das ist gut so.» (14 f.) Genau, und deshalb ist dieses Buch trotz vieler Redundanzen, gewagten Spekulationen und manch ärgerlichen Beweisführungen lesenswert, ja inspirierend mit seinen starken Thesen und seiner narrativen Eleganz. Die Wirtschaftshistorie ist jedenfalls herausgefordert, es besser zu machen.

Gisela Hürlimann (Zürich)

Allgemeine Buchbesprechungen

Comptes rendus généraux

Rainer Hugener **Buchführung für die Ewigkeit** Totengedenken, Verschriftlichung und Traditionsbildung im Spätmittelalter

Chronos, Zürich 2014, 486 S., CHF 68.–

Bei Recherchen zu Adelsgeschlechtern, Klöstern und Kirchen in der heutigen Schweiz stiess Rainer Hugener wiederholt auf viele Fragen aufwerfende Nekrologien und Jahrzeitbücher. Die Forschung kann ihm dankbar dafür sein, dass er im Rahmen seiner Promotionsarbeit allen Fragen weiter nachgegangen ist, über 1000 Totenverzeichnisse und Gedenkaufzeichnungen aus dem Gebiet der heutigen Schweiz vom 8. bis zum 18. Jahrhundert aufgespürt und zum ersten Mal systematisch unter modernen geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen untersucht hat. Als Ergebnis legt er eine gut lesbare Studie vor, die einen hervorragenden Einblick in die sozial- und kulturgeschichtliche Bedeutung der Gedenküberlieferung bietet.

Nekrologien sind häufig in Verbindung mit anderen liturgischen Texten zu finden und enthalten neben den Namen der Verstorbenen manchmal noch einige Hinweise zu deren sozialer Herkunft und Beziehung zur betreffenden Institution. Währenddessen sind Jahrzeitbücher häufig als eigenständige Bände überliefert und beinhalten auch wirtschaftliche und rechtliche Informationen zu den Stiftungsgütern. Hugener warnt jedoch vor einer allzu strengen funktionalen Grenzziehung, weil Nekrologien durchaus nicht nur liturgische Funktionen zugekommen seien und Jahrzeitbücher trotz ihres offensichtlich administrativen Charakters durchaus auch in die Liturgie

einbezogen werden konnten. Zur weiteren Gedenküberlieferung zählt Hugener die stärker historiografisch, rechtlich oder wirtschaftlich ausgerichteten Quellen wie Annalen, Chroniken, Satzungen, Statuten sowie Urbarien und Rödel, die oft in enger Verbindung mit den Nekrologien und Jahrzeitbüchern überliefert wurden.

Hugener subsumiert in der längeren Einleitung, die als Kapitel 1 fungiert, die verschiedenen Formen von Totenverzeichnissen in Anlehnung an die französische Forschung unter dem Begriff «nekrologisches Schriftgut» und etwas allgemeiner unter die Begriffe Gedenkaufzeichnungen oder Gedenküberlieferung, wobei damit alle Aufzeichnungen gemeint sein sollen, «die zur administrativen Bewältigung des Totengedenkens dienten und selber in die Liturgie einbezogen wurden». (33) Schon der moderne Titel des Buchs, *Buchführung für die Ewigkeit*, hebt den administrativen Aspekt der für eine kontinuierliche Fortführung gedachten Totenverzeichnisse hervor. Folgerichtig soll es «allein um institutionalisierte und ritualisierte Formen» des Totengedenkens gehen. (23) Ein wesentliches Anliegen von Hugeners Arbeit besteht darin, einen Beitrag zum besseren Verständnis der spätmittelalterlichen Verschriftlichungsprozesse zu leisten, die bisher vor allem im städtischen Umfeld untersucht wurden.

Im zweiten und dritten Kapitel arbeitet er den Beginn und die Entfaltung des nekrologischen Schriftgutes vom Hochmittelalter bis zum Beginn der Frühen Neuzeit heraus. Er beschreibt hier in fundierter und präziser Weise die medialen Innovationschübe, zu denen es in dieser Zeit auch im sonst eher als traditionalistisch geltenden

kirchlichen Gedenkwesen gekommen ist, sowie ihre Auswirkungen auf angrenzende Bereiche wie die Güterverwaltung oder die Geschichtsschreibung. Inwiefern die geschilderten kirchlichen Innovationen «die gängigen Vorstellungen der grossen Modernisierungstheorien erheblich zu relativieren» erlauben, (10) wie er in der Einleitung behauptet, erläutert er aber nicht weiter.

Hugener folgt in seiner Arbeit grundsätzlich einer thematischen Gliederung, die aber über weite Strecken mit einer chronologischen Gliederung einhergeht. Zu den wichtigsten Veränderungen des Gedenkwesens vom Hochmittelalter bis zur beginnenden Frühen Neuzeit gehörten die Verlagerung des Gedenkortes von den Klöstern und Stiften zu den örtlichen Pfarrkirchen und Spitälern sowie die zunehmende Einflussnahme durch die weltlichen Obrigkeiten. Die Kirchenkanzeln eigneten sich schliesslich besonders gut, um in liturgischen Gedenkveranstaltungen auch politische Geschichtsbilder an grössere Bevölkerungskreise zu vermitteln.

Im vierten Kapitel, in dem es um solche Zusammenhänge zwischen Gedenkpraktiken und Geschichtskultur geht, kann Hugener eigentlich in vieler Hinsicht von der durch Oexle geprägten Memoria-Forschung profitieren, die das Gedenken als eine alle Lebensbereiche prägende soziale Handlung verstand. In den Blick gerieten dabei auch die gemeinschaftsstiftenden Funktionen des Gedenkwesens und die spezifischen «Erinnerungskulturen» von adeligen, bäuerlichen und bürgerlichen Gruppen, von Gilden und Zünften, aber auch von städtischen und ländlichen Kommunen. Hugener kritisiert in der Einleitung jedoch recht streng am «Memoria»-Begriff die semantische Unschärfe, die inzwischen ausufernde Verwendung im Forschungsdiskurs sowie seinen problematischen Gebrauch in den Quellen. Tatsächlich nimmt er im vierten Kapitel

eine ausgeprägte herrschaftsgeschichtliche Perspektive ein. Detailliert zeichnet er hier nach, wie die Berner Obrigkeit kirchliche Gedenkveranstaltungen für die Förderung des städtischen Geschichtsbewusstseins benutzte, indem beispielsweise chronikalische Berichte von historischen Schlachtereignissen vor der versammelten Gemeinde vorgelesen wurden. Der systematische Vergleich der kirchlichen Jahrbücher mit den amtlichen Chroniken sowie die konsequente Berücksichtigung der mündlichen Kommunikationswege ermöglichen Hugener eine besonders differenzierte Darstellung des Berner Gedenkwesens und seiner Wirkmöglichkeiten.

Interessant sind auch seine Ausführungen zur Verbreitung der eidgenössischen Befreiungstradition – also der Geschichten von heldenhaften Aufständen der Bauern gegen die adlige Schreckensherrschaft – im Rahmen von Totengedenkveranstaltungen und Schlachtjahrzeiten, die Hugener vor allem als obrigkeitliches Propagandamittel und nicht als volkstümliche Ereignisse versteht. Durch die Einbettung in die Liturgie versahen die Angehörigen der eidgenössischen Oberschichten ihre Geschichtsbilder mit einem sakralen Nimbus, der sie breiteren Bevölkerungskreisen näherbringen sollte. Allerdings ist der tatsächliche Erfolg dieser auf eine möglichst grosse öffentliche Wirkung zielenden Form der Geschichtsinzenierung aufgrund mangelnder Rezeptionsspuren heute kaum mehr nachvollzuziehen, wie Hugener selbst einräumt. Bemerkenswert sind auch seine Überlegungen zu den Ursprüngen der eidgenössischen Befreiungstradition. Danach knüpften die Erzählungen aus dem 16. Jahrhundert nicht an volkstümliche Traditionen aus der Innerschweiz an, sondern an ältere Geschichtsbilder aus Bern, wo schon ab der Wende zum 14. Jahrhundert Erzählungen von heldenhaften Kämpfen gegen Habsburg und den tyrannischen Adel Gegenstand von kirchlichen

Gedenkfeiern gewesen waren. Die Liste von aufschlussreichen Beobachtungen zur Bedeutung des kirchlichen Gedenkwesens für die alte Eidgenossenschaft liesse sich noch lange fortsetzen. Hugener leistet damit einen beachtlichen Beitrag für die Schweizer Geschichte und eigentlich auch für die allgemeine Memoria-Forschung, auch wenn er sich selbst davon distanziert.

Insgesamt besticht die Studie durch ihre empirischen und methodischen Qualitäten. Besonders anzuerkennen ist, dass sie im Gegensatz zur bisherigen Forschung und vielen älteren Quelleneditionen die Überlieferungsverbünde sowie die Intertextualitäten zwischen den verschiedenen Quellen systematisch berücksichtigt und so viele neue Erkenntnisse in Bezug auf den konkreten Gebrauch der nekrologischen Schriftstücke zum Vorschein gebracht hat. Hugeners verwaltungs- und herrschaftsgeschichtlichen Blickwinkeln auf die Gedenküberlieferung liegt zudem ein sehr stringenter funktionaler Ansatz zugrunde, der sich als äusserst gewinnbringend erwiesen hat, auch wenn er bisweilen eine ziemlich rigorose Abstraktion von der inneren Logik und Sinnhaftigkeit des liturgischen Gedenkens mit sich gebracht hat. Dies hätte Hugener vielleicht noch etwas stärker diskutieren sollen. Nicht ganz so überzeugend ist die teilweise etwas vage gebliebene Verortung von Hugeners Arbeit in der historischen Forschungslandschaft, vor allem was die Verschriftlichungsdebatte angeht. Etwas schade ist auch, dass es im Buch keinerlei Abbildungen der Quellen gibt. Denn vor allem an den Stellen, an denen Hugener detailliert das Schriftbild der Nekrologien analysiert, wären solche Abbildungen sicher von grossem Nutzen gewesen.

Diese geringfügigen Kritikpunkte schmälern aber in keiner Weise den wirklich sehr guten Gesamteindruck des Werks. Das Buch bietet nicht nur für einschlägige Spezialisten eine äusserst anregende und

instruktive Lektüre und mit dem im hinteren Teil befindlichen Findmittel aller bekannten vormodernen Gedenkaufzeichnungen aus dem Gebiet der heutigen Schweiz auch noch in forschungspraktischer Hinsicht eine wertvolle Unterstützung für alle zukünftigen Untersuchungen auf dem Gebiet des Totengedenkens.

Bernd Giesen (Bielefeld)

Konrad J. Kuhn,
Béatrice Ziegler (Hg.)
Der vergessene Krieg
Spuren und Traditionen zur Schweiz
im Ersten Weltkrieg

Hier und Jetzt, Baden 2014, 336 S.,
mit zahlreichen Abbildungen, CHF 54.–

Hundert Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs wird derselbe gerne als «Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts» (Georg F. Kennan) bezeichnet, wobei die Vorstellung mitschwingt, er habe bereits den Keim des noch fürchterlicheren Zweiten Weltkriegs in sich getragen. Der gesellschaftliche Umgang mit der Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg ist umgekehrt nur mit Blick auf die Entwicklungen rund um den Zweiten Weltkrieg und die Jahre der geistigen Landesverteidigung zu verstehen. Das zeigen der an der Universität Basel forschende Kulturwissenschaftler Konrad J. Kuhn und die Leiterin der Abteilung Politische Bildung und Geschichtsdidaktik an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Béatrice Ziegler, in ihrem Sammelband *Der vergessene Krieg. Spuren und Traditionen zur Schweiz im Ersten Weltkrieg*.

Trotz der Umwälzungen, die sich während der Kriegsjahre in vielen Lebensbereichen vollzogen und die teilweise auch über den Krieg hinaus Bestand hatten, wurde die Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg bisher noch kaum

erforscht. Die Herausgeber beschäftigen sich im Rahmen eines Forschungsprojekts (*Switzerland and World War I – Scientific Narrative and Traces in Public History*) bereits seit einigen Jahren mit der Historiografie zum Ersten Weltkrieg, wobei sie die diesbezüglichen Narrative bereits als verhältnismässig variantenarm und persistent beschrieben haben (Konrad J. Kuhn, Béatrice Ziegler, «Dominantes Narrativ und drängende Forschungsfragen. Zur Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg», *traverse* 3 [2011], 123–141).

Die im vorliegenden Sammelband vereinten Beiträge von 19 teils auch jüngeren AutorInnen weiten den Blick nun auf «Geschichten zur Geschichte der Schweiz im Ersten Weltkrieg», (8) um Erzähltraditionen aufzuzeigen und den Spuren eines Kriegs nachzugehen, an dem sich die Schweiz zwar militärisch nicht beteiligte, von dessen Auswirkungen sie aber trotzdem stark betroffen war. Dabei entsteht ein Kaleidoskop aus unterschiedlichen geschichtskulturellen Manifestationen, die in den jeweiligen Beiträgen aus verschiedenen Blickwinkeln heraus thematisiert werden – von Bildpostkarten, Ausstellungen und Denkmälern bis hin zu Erinnerungsschriften, aktuellen Lehrmitteln, dem Internet und Tageszeitungen. Der Band ist nach einer überzeugenden Einleitung, die auch eine Einführung in den Themenbereich der Geschichtskultur miteinschliesst, in vier Teile gegliedert. Die Beiträge sind dabei, nicht immer ganz konsistent, nach den jeweiligen Funktionsweisen von Geschichtskultur arrangiert: «Vielfältige Erzählungen in geschichtskulturellen Spuren», «Zwischen geteilter Erinnerung und kollektivem Gedenken», «Zurichtung und Verengung in der Geschichtspolitik» und «Historische Deutungen zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit».

Der erste Teil konzentriert sich auf das Verhältnis zwischen den Erinnerungs-

spuren und ihrer geschichtskulturellen Bearbeitung. Karoline Oehme-Jüngling etwa beschreibt die Metamorphose des polnisch-stämmigen Ladislaus Krupski, der unter dem Künstlernamen Hanns in der Gand als «Soldatensänger» und Liedersammler Bekanntheit erlangte. Dessen musikalische Entwicklung deutet Ambivalenzen an, die auch in anderen Beiträgen des Sammelbands auftauchen: einerseits interessierte sich in der Gand im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit besonders für die Entstehungskontexte und die kulturelle Tradierung der vielfach aus dem Ausland importierten Schweizer Soldatenlieder. Andererseits beteiligte er sich später als Komponist und Sänger im Zeichen der geistigen Landesverteidigung selbst an der Konstruktion eines auf Abgrenzung bedachten Bilds der Schweiz.

Der zweite Teilbereich des Sammelbands widmet sich der Beziehung von Kriegserfahrung und gruppenspezifischer Erinnerung. Der aufschlussreiche Beitrag von Christian Koller zu Selbstzeugnissen schweizerischer Soldaten zeigt eindrücklich, dass es besonders in der Erinnerung an den Militärdienst zu einer geschichtskulturellen Verengung kam. Im Zug der Aufwertung des «Grenzschutzes» als Erinnerungsort und der Neupublikation von soldatischen Selbstzeugnissen in den 1930er-Jahren wurden offenere und milieuspezifischere Erzähl- und Erinnerungsformen an den Militärdienst im Ersten Weltkrieg überlagert. So erblickt Koller in den neu aufgesetzten Erlebnisberichten die Propagierung einer bäuerlich-ländlichen, wehrhaften Schweiz und identifiziert somit starke Bezüge zu den Prämissen der geistigen Landesverteidigung.

Besonders der dritte Abschnitt des Buchs, der die geschichtspolitische Verwendung des Ersten Weltkriegs in den Vordergrund stellt, vermag als Einheit zu überzeugen. So machen die beiden lesenswerten Beiträge zu zwei der bisher wohl

erfolgreichsten Schweizer Filmproduktionen – *Füsilier Wipf* (Beitrag von Peter Neumann) und *Gilberte de Courgenay* (Beitrag von Béatrice Ziegler) – Rollenmodelle sichtbar, die sich über das relativ neue Medium besonders tief ins Bewusstsein der Bevölkerung zu brennen vermochten. Die beiden Filme, die Ende der 1930er- beziehungsweise Anfang der 1940er-Jahre gedreht wurden und im Ersten Weltkrieg spielen, beschwören patriotische Gefühle und überlagern damit die Erinnerung an den Ersten Weltkrieg zur Vorbereitung auf den Zweiten.

Im Zentrum des vierten und letzten Abschnitts steht die Wissenschaft als wichtiger Teil der Geschichtskultur. Rudolf Jaun nimmt die Kontroverse um die Veröffentlichung des vor allem in den 1980er-Jahren populären, aber umstrittenen Wille-Buchs von Niklaus Meienberg zum Anlass, um zu verdeutlichen, welche Reibungen der streitbare Journalist und Historiker auslöste, als er die etablierten Narrative angriff. Mit einem provokativen Wahrheitsanspruch verarbeitete Meienberg die Briefe des Generals an seine Frau und trug damit auf seine Weise dazu bei, am bis in die 1970er-Jahre bestehenden Konsens in der Thematisierung des Ersten Weltkriegs zu rütteln.

Wie dieser knappe und unvollständige Überblick zeigt, hat der vorliegende Band für ganz unterschiedliche Interessen einiges zu bieten, wobei der Fokus teilweise etwas stark auf die Funktionalisierung der Erinnerung und die emotionale Gleichsetzung der beiden Weltkriege im Kontext der geistigen Landesverteidigung gelegt wird. Spannender wäre es zudem gewesen, wenn die Nachkriegszeit – wie etwa im Beitrag von Konrad J. Kuhn zum Soldatendenkmal auf der Forch – etwas stärker ins Blickfeld des Lesers gerückt worden wäre. Den Beiträgen wird in der Einleitung ein chronologisch angelegtes Phasenmodell vorangestellt, das «Einsicht in die Konjunkturen

der Thematisierung und damit in die Funktionalisierung des Erinnerns» geben soll. (14) Die Frage stellt sich, ob das Modell nicht eine etwas ausgiebigere Diskussion in einer als thematische Klammer dienenden Schlussbetrachtung verdient hätte. So wäre auch der Bezug zu den Beiträgen, die nicht chronologisch angeordnet sind, etwas leichter gefallen. Besonders interessant wäre dabei auch eine stärkere Einordnung in die «europäische Erinnerungslandschaft» gewesen, um nicht (erneut) das Bild eines Sonderfalls Schweiz entstehen zu lassen.

Die geschichtskulturelle Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg ist in der Schweiz bisher weitgehend ausgeblieben. Auch deshalb ist die Publikation als besonders wertvoll zu begrüßen. Stark sind die Beiträge besonders dort, wo Mythen dekonstruiert, Konstruktionsleistungen und -prozesse aufgezeigt und transnationale Bezüge hergestellt werden. Der insgesamt gelungene und facettenreiche Sammelband könnte so zu einem Ausgangspunkt für etliche vertiefende Arbeiten werden.

Sebastian Steiner (Bern)

Pauline Milani
Le diplomate et l'artiste
Construction d'une politique
culturelle suisse à l'étranger
(1938–1985)

Editions Alphil, Neuchâtel 2013, 466 p., CHF 49.–

Ce livre est tiré d'une thèse de doctorat défendue à l'Université de Fribourg qui s'inscrivait dans un projet du Fonds National Suisse consacré aux relations culturelles internationales de la Suisse entre 1945 et 1990. Les ouvrages de Matthieu Gillabert (*Dans les coulisses de la diplomatie culturelle suisse. Objectifs, réseaux et réalisations, 1938–1984*) et Thomas Kadelbach (*«Swiss Made»*). *Pro Hel-*

vetia et l'image de la Suisse à l'étranger, 1945–1990) parus en 2013 sont également issus de ce projet. Les trois auteurs avaient déjà contribué à un volume jubilaire publié en 2010 et consacré à la fondation Pro Helvetia codirigé par Claude Hauser, Jakob Tanner et Bruno Seger (*Entre culture et politique – Pro Helvetia de 1939 à 2009*).

Le champ de la diplomatie et des relations internationales culturelles a récemment été l'objet d'un certain intérêt parmi les historien-ne-s. Dans ce sillage, plusieurs études ont été consacrées aux politiques culturelles nationales (cf. par exemple les travaux de François Chaubet sur la France et ceux de Michels Eckard sur l'Allemagne). S'inscrivant dans le prolongement des travaux de Hans-Ulrich Jost, Pauline Milani retrace l'histoire de la politique culturelle suisse à l'étranger et de son institution de promotion, la fondation Pro Helvetia. L'ouvrage est divisé en trois parties selon un plan chronologique.

Prenant comme point de départ le fameux message du Conseil fédéral du 9 décembre 1938 sur «les moyens de maintenir et de faire connaître le patrimoine spirituel de la Confédération», la première partie s'attache à retracer la mise en place de la fondation Pro Helvetia et la collaboration avec les autres institutions qui composent le paysage culturel suisse. Pauline Milani montre que la politique culturelle est d'abord construite comme un outil de la défense culturelle et que Pro Helvetia a contribué à façonner le discours de la défense nationale spirituelle. Les personnalités désignées par le Conseil fédéral pour siéger dans la communauté de travail, puis au conseil de fondation de Pro Helvetia, reflètent une culture consensuelle et «jouent le rôle de gardiens de l'identité et de la culture suisses». (153). Il s'agit principalement d'hommes issus des élites du pays, qui représentent une culture académique, plutôt qu'artistique ou populaire. Selon Milani, dans cette première période

qui s'étend jusqu'en 1949, Pro Helvetia et le réseau diplomatique suisse constituent les «deux piliers de la politique culturelle étrangères». (23)

La seconde partie du livre prend en compte la période entre 1949, année de la transformation de Pro Helvetia en fondation de droit public, et la fin des années 1960. En 1949, la Suisse adhère à l'UNESCO. En l'absence d'un Département fédéral de la culture, le Conseil fédéral recrute ses représentants au sein de Pro Helvetia. Pendant cette période les relations culturelles deviennent de plus en plus importantes et l'idée d'un rayonnement culturel à l'étranger se développe. Mais la sphère d'activité de Pro Helvetia reste centrée sur l'Europe de l'Ouest, les États-Unis et le Canada. Elle ne s'intéresse aux pays socialistes que dès 1965 et au tiers-monde que vers la fin de la décennie. L'auteure attribue cette situation et le relatif délaissement de ces deux sphères géographiques à la position des institutions suisses dans la guerre froide et aux faibles perspectives commerciales que représentent alors les pays en voie de développement. La fondation est aussi handicapée par un manque de moyens que les membres de son conseil dénoncent régulièrement. Elle doit également veiller à ne pas préteriter ses activités à l'intérieur du pays en consacrant trop d'argent à la promotion à l'étranger.

La troisième partie, qui commence à la fin des années 1960, est marquée par diverses formes de contestations et de remise en question de l'ordre social qui ont des effets évidents sur la culture et donc sur les développements de Pro Helvetia. Cette période est marquée par des débats sur la politique culturelle, suscités par des critiques de plus en plus nombreuses. C'est le moment d'intenses réflexions sur le devenir de la politique culturelle suisse et sur sa fonction qui donnent lieu à la production de rapports dont le «rapport Clottu» est sans doute le plus connu. Ces

discussions sur la culture encore inédites interviennent au moment où de nouvelles formes d'expression culturelle apparaissent. La décennie voit arriver une nouvelle génération d'intellectuels pour lesquels la culture doit conquérir son autonomie par rapport aux objectifs de la politique étrangère. C'est aussi une période où l'engagement en faveur du rayonnement culturel gagne en permanence et où la fondation s'émancipe progressivement de la tutelle fédérale. La dernière partie se termine sur l'analyse du conflit qui oppose la fondation et la Confédération au sujet de l'ouverture d'un centre culturel suisse à Paris, événement qui, selon l'auteure, illustre les changements intervenus dans la politique culturelle depuis les années 1930.

L'historienne note que la politique culturelle helvétique est faite de tâtonnements, qu'elle manque souvent de vision d'ensemble, et qu'elle est parfois focalisée sur des éléments immédiats, comme lorsqu'il s'agit de légitimer la neutralité du pays après la guerre sur la scène internationale.

Milani parvient à faire tenir ensemble les trois axes qu'elle décrit comme fondamentaux pour comprendre cette histoire: les structures, les mécanismes et les acteurs. Elle analyse les désaccords persistants entre Pro Helvetia et l'administration fédérale qui se renforcent avec le temps, et le poids des rivalités entre le Département fédéral de l'intérieur et le Département politique fédéral (puis DFAE) dans le frein au développement d'une politique culturelle fédérale. Cette dernière est aussi tributaire de la pratique suisse pour laquelle la culture relève de la compétence des cantons.

Une autre richesse du livre réside dans l'intérêt porté aux acteurs envisagés collectivement, par une analyse des profils sociaux des membres de Pro Helvetia, et individuellement par des portraits de certains protagonistes. Les lignes consacrées à

Luc Boissonas, secrétaire puis directeur de Pro Helvetia entre 1959 et 1991, sont particulièrement réussies, grâce au souci de l'historienne de le situer dans son milieu et de caractériser son profil. Tout au long du livre Milani analyse les dispositions sociales des membres du conseil de fondation. Elle montre que celles-ci ne varient pas substantiellement dans le temps et la persistance de certains traits. Le conseil reste majoritairement masculin, composé de personnalités consensuelles du monde la culture suisse, dotées de postes stables et élevés. Il s'agit en grande partie de personnes qui prêtent régulièrement leur plume aux journaux et qu'on pourrait qualifier d'intellectuels ou d'experts. On y trouve une part prépondérante d'enseignants (gymnase et université), représentant toutes les régions linguistiques du pays.

Couvrant une période vaste, l'analyse est bien menée et s'articule autour des points essentiels du développement de la politique culturelle suisse à l'étranger. Enfin, en conclusion, l'auteure se livre à une comparaison pertinente avec d'autres Etats occidentaux, montrant que le cas helvétique ne constitue pas un *Sonderfall*.

Alix Heiniger (Lausanne)

Alexandre Lambelet
Des âgés en AG
 Sociologie des organisations
 de défense de retraités

Editions Antipodes, Lausanne 2014, 319 S., CHF 40.–

Alexandre Lambelet beginnt seine 2010 an der Universität Lausanne eingereichte Dissertation mit dem Hinweis auf eine Forschungslücke: Die Sozialwissenschaften, so Lambelet, hätten Altersorganisationen als kollektive Akteure bis anhin nur wenig Aufmerksamkeit zukommen lassen. Vor allem die institutionellen Zusammen-

schlüsse von RentnerInnen seien in der Schweiz fast gänzlich unerforscht. Neben der Soziologie und der Politikwissenschaft habe auch die Schweizer Sozialgeschichte die Selbsthilfe-Thematik eher stiefmütterlich behandelt. Ein Grund dafür sieht Lambelet in der lange Zeit marginalen Stellung der Interessensorganisationen im politischen System (9 f.). Während diese etwa in den USA seit Mitte des 20. Jahrhunderts einen grossen Einfluss auf das politische Agenda Setting haben, seien die Lobbyerfolge in der Schweiz eher gering gewesen. Erst mit der Gründung des Schweizerischen Seniorenrats als Beratungsorgan des Bundesrates 2001 erhielten die älteren Menschen eine ständige Vertretung auf nationaler Ebene. Weil die organisierte Hilfe *für* ältere Menschen aber in der Schweiz eine längere Tradition hat, befasst sich Lambelet zuerst mit der Geschichte der Altersorganisationen, um darauf aufbauend seine «sociologie des organisations de défense de retraités» zu präsentieren.

Lambelet betrachtet die Geschichte der Altersorganisationen als Teil der Sozialstaatsgeschichte. Dabei geht er davon aus, dass ihre institutionelle Logik stark von der sozialstaatlichen Verfasstheit abhängig und damit historischen Veränderungen unterworfen ist. So übernahm die 1917 gegründete Stiftung Pro Senectute, die sich von Anfang an für die Einführung der AHV stark machte, eine wichtige Funktion beim Aufbau des Sozialstaats. Während die Pro Senectute bei der Bekämpfung der Altersarmut eng mit den Kantonen und dem Bund zusammenarbeitete und seit den frühen 1920er-Jahren für ihre eigene Fürsorgearbeit auch Subventionen in Anspruch nehmen konnte, forderte die mit der Einführung der AHV 1948 gegründete AVIVO (Association des vieillards, invalides, veuves et orphelins) ein alternatives Sozialstaatsmodell. Im Unterschied zur herrschaftslegitimierenden Pro Senectute

fungierte die AVIVO, die sich in erster Linie für eine materielle Besserstellung von RentnerInnen einsetzte und dafür höhere Altersrenten und eine Verstaatlichung der Pensionskassen forderte, damit als sozialstaatliches Korrektiv.

Gemäss Lambelet hängt die unterschiedliche Positionierung der beiden Organisationen gegenüber dem Staat unmittelbar mit den Mitgliedern und ihren «visions du monde» (92) zusammen. Setzte sich das Direktionskomitee der gesamtschweizerisch tätigen Pro Senectute mehrheitlich aus Angehörigen der bürgerlich-klerikalen Eliten zusammen, handelte es sich bei den MitstreiterInnen von AVIVO mehrheitlich um Westschweizer PdA-Mitglieder aus dem gewerkschaftlichen Milieu. Dank einer systematischen Betrachtung der Mitgliedschaften der beiden Organisationen gelingt es Lambelet zudem, die AVIVO als erste und damit älteste Rentnerorganisation der Schweiz zu identifizieren. Denn nur sie, nicht aber die Altersfürsorgeorganisation Pro Senectute, bot RentnerInnen die Möglichkeit, sich für ihre eigenen Anliegen zu engagieren.

Ausgehend von der sozialstaatlichen Bedingtheit von Altersorganisationen macht Lambelet im Zusammenhang mit der Krise des Sozialstaats und dem Reden über den Generationenkonflikt in den 1980er-Jahren eine dritte Generation (99) von Altersorganisationen aus. Im Unterschied zur AVIVO ging es den neu gegründeten Rentnerorganisationen wie etwa der 1983 entstandenen Fédération suisse des retraités nicht mehr primär um die materielle Sicherheit von alten Menschen, sondern um ihre Autonomie und gesellschaftliche Anerkennung als soziale Gruppe. Zu dieser neuen Generation gehörten auch zahlreiche neu gegründete Lobbyorganisationen, die vor allem Partikularinteressen von hochbetagten, oft kranken Menschen vertraten (zum Beispiel 1988: Schweizerische Alzheimervereinigung). Neben den

neuen und spezialisierten Zielsetzungen fällt weiter die Bereitschaft auf, sich in gesamtschweizerischen Dachorganisationen zu organisieren (1985: Schweizerischer Verband für Seniorenfragen, 1990: Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz). Zudem änderte sich die Art und Weise, wie die dritte Generation von Altersorganisationen ihre Forderungen vortrug: Statt Kritik am Sozialstaat, wie sie die AVIVO hauptsächlich übte, forderten sie am politischen Entscheidungsfindungsprozess teilzunehmen und so das System sozialer Sicherheit mitzugestalten – eine Haltung, welche der Bundesrat im Fall des Schweizerischen Seniorenrates (zusammengesetzt aus Mitgliedern der beiden Dachorganisationen) mit Subventionszahlungen honorierte.

Im Anschluss an die sorgfältige historische Kontextualisierung der Altersorganisationen und der Definition von drei Organisationstypen mit unterschiedlichen Programmen und Zielsetzungen nimmt Lambelet eine soziologische Analyse ihrer personellen und strukturellen Zusammensetzung vor. Dabei konzentriert er sich auf die Rentnerorganisationen, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hervorgetreten sind. Auf der Grundlage von 30 Interviews mit RentnerInnen der Jahrgänge 1916 bis 1951 arbeitet er fünf verschiedene Engagementstypen heraus, ohne allerdings näher auf geschlechtsspezifische Unterschiede einzugehen: der Typus des Experten, des politisch Engagierten, des vereinstreuen Helfers, des Freiwilligen und eines Typus, dem das Engagement als Freizeitbeschäftigung gilt. Wie Lambelet zeigt, ist die Zugehörigkeit zu einem der Engagements-Typen in erster Linie von der ehemaligen beruflichen Tätigkeit abhängig. Zudem, und auch dies zeigten die Interviews, diente die Mitarbeit vielfach der persönlichen Identitätsstärkung nach der Pensionierung. In dieser Beziehung spielten die Delegiertenversammlungen,

Demonstrationen und anderen sozialen Events, die Lambelet in einer ethnografischen Perspektive untersucht, eine besondere Rolle. Die Veranstaltungen dienten nicht nur dazu, Mitglieder zu gewinnen sowie die Politik und die Öffentlichkeit auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, sondern sie übernahmen auch eine wichtige identitätsstiftende Funktion für RentnerInnen. Gleichzeitig bewirtschafteten die Organisationen dieses Bedürfnis aber auch: Insbesondere das Appellieren an staatsbürgerliche Pflichten und typisch schweizerische Tugenden wie etwa die gesellschaftliche Partizipation oder das soziale Engagement wirkte motivierend, sozialintegrativ und kohäsionsfördernd zugleich. Darüber hinaus verweist Lambelet auf zahlreiche sozioinstitutionelle Zusammenhänge, so zum Beispiel zwischen dem Bildungsgrad und der beruflichen Erfahrung einerseits und der Funktion innerhalb der Rentnerorganisation andererseits. Ein besonders auffälliges Merkmal ist die Staatszugehörigkeit der engagierten Personen: Nicht nur sämtliche Interviewten sind schweizerischer Nationalität, auch ein Überblick über die Mitgliedschaften zeigt, dass sich ältere AusländerInnen nur ganz selten im Rahmen von Rentnerorganisationen engagieren.

Lambelet legt mit seiner interdisziplinären Dissertation eine lesenswerte Pionierstudie vor, die methodisch vielfältig und theoretisch fundiert ist. Indem er sowohl die Entstehung und Entwicklung von Altersorganisationen im 20. Jahrhundert nachzeichnet als auch ihre Organisationsstruktur und Funktionsweisen erläutert, gibt er einen fundierten Überblick über eine Thematik, die bis anhin in der Schweiz wenig Beachtung fand. Dabei gelingt es ihm, gleich in zwei wissenschaftlichen Disziplinen zu punkten: Zum einen leistet er einen wertvollen Beitrag zur Schweizer Sozialstaatsgeschichte, zum anderen präsentiert er erste empirische

Ergebnisse einer Soziologie der Schweizer Rentnerorganisationen. Es bleibt zu hoffen, dass sowohl HistorikerInnen als auch SozialwissenschaftlerInnen sich in Zukunft Fragen der organisierten Alters(selbst)hilfe weiter annehmen werden – Lambelets Buch bildet dazu eine sehr gute Ausgangslage.

Matthias Ruoss (Bern)

**Wolfgang Hafner
Pädagogik, Heime, Macht –
eine historische Analyse**

Integras, Zürich 2014, 262 S., 10 Illustrationen
von Lorenz Meier, CHF 34.–

Der Historiker Wolfgang Hafner erhielt von Integras, Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik, den Auftrag, die Themen, die seit der Gründung 1923 an den Jahresversammlungen in Referaten und Fortbildungen behandelt wurden, in die Entwicklung des Verbands und der Heimerziehung in der Schweiz einzuordnen, und danach zu fragen, wie repräsentativ und relevant diese Fragestellungen für den Heimalltag waren. Der Autor stützte sich bei seiner Recherche nicht nur auf die gedruckten Referate und weitere Artikel der Verbandsexponenten, sondern auch auf die Vorstandsprotokolle der Deutschschweizer Verbandssektion sowie auf zeitgenössische Romane und Biografien von ehemaligen Heimzöglingen.

Die umfangreiche und mit Illustrationen von Lorenz Meier versehene Publikation ist in vier Teile gegliedert. Im ersten Teil geht Hafner auf die «Gründungsphase» ein und wirft zunächst einen Blick auf die «rückwärtsgewandten Utopien» im 19. Jahrhundert, der Zeit der Industrialisierung und Institutionalisierung. Anlass der Gründung des Schweizerischen Verbands zur Erziehung und Fürsorge Schwererziehbarer 1923 war die Auflösung der Vorgän-

gerorganisation, der «Schweizerischen Vereinigung für Erziehung von heilpädagogisch zu behandelnden Kindern», und die Möglichkeit von Bundessubventionen für die Verbandstätigkeit. Initiant und erster Präsident wurde Heinrich Hiestand (1872–1942), Vorsteher des Kinderfürsorgeamts der Stadt Zürich und Präsident der Gemeinnützigen Gesellschaft des Kantons Zürich; als Aktuar amtierte Viktor Altherr (1875–1945), Sekretär der Schweizerischen Vereinigung für Anormale (heute Pro Infirmis) und Direktor der ostschweizerischen Blindenanstalt Heiligkreuz. In ersten langwierigen Auseinandersetzungen musste die Gleichstellung der «Schwererziehbaren» mit behinderten Kindern und Jugendlichen erreicht werden, um die in Aussicht gestellten Subventionen für die heilpädagogische Betreuung zu erhalten. Der neue Verein sollte alle Kreise umfassen, die sich «mit dem Los der Verwahrlosten, Schwererziehbaren und heilpädagogisch zu Behandelnden abgeben». Organisatorisch bestand eine enge Verknüpfung zwischen dem Verband für Schwererziehbare und der Schweizerischen Vereinigung für Anormale, weil die Geschäftsstelle beider Verbände die Adresse des Heilpädagogischen Seminars Zürich (HPS) war. Der erste Leiter des HPS Heinrich Hanselmann (1885–1960) war Vorstandsmitglied und federführend bei der inhaltlichen Ausrichtung der jährlichen Fachtagungen. Anhand seiner wissenschaftlichen Texte untersucht Hafner diverse Themen, die in der Zwischenkriegszeit diskutiert wurden, etwa das Menschenbild, die Rolle der Familie, der Sinn der Arbeit, der Arbeitsethik, der Arbeitsscheu und Faulheit sowie das Verhältnis der Erzieher zum Kind. In weiteren Kapiteln werden Anstaltsmodelle, wie die in den 1920er-Jahren gegründeten Landerziehungsheime, vorgestellt und die «pädagogische Methode» des Beobachtens und Klassifizierens und die nicht unbestrittene Einführung von

schriftlichen Akten über die Heimzöglinge erläutert.

Im zweiten Teil «Erziehung im Zeichen religiöser Autoritäten» geht der Autor ausführlich auf den «Milieukatholizismus» ein, weil der zwar konfessionell neutrale Verband stark von Johann Frei (1891–1976) geprägt wurde. Der Priester Frei war ab 1929 Vorstandsmitglied und von 1942 bis 1952 Verbandspräsident. Er war während mehr als 40 Jahren Direktor des St. Iddahs in Lütisburg und überdies Mitbegründer und Präsident des katholischen Anstaltenverbands. Auf der Grundlage der Caritas befürwortete Frei die körperliche Züchtigung bei Übertretungen von vorgegebenen Normen und Regeln. Zur Umsetzung seines drastischen Strafsystems entwickelte er «im Zeichen der <Liebe>» gar eine Prügelmaschine. Die Debatten um Bettnässen und Onanie spielten eine zentrale Rolle im Verband, weil die Zahl der Bettnässer als Gradmesser für die Qualität der Erziehungsarbeit beurteilt wurde.

Der dritte Teil «Nachkriegsjahre und Aufbruch» geht auf erste Brüche in der autoritären Erziehung ein und schildert Versuche von neuen Erziehungsmodellen wie etwa die Betonung der Zusammenarbeit innerhalb der Gemeinschaft und erste Ansätze eines demokratischeren Führungsstils der «Anstaltskönige».

Schliesslich steht im vierten Teil «Heimkampagne der 68er oder das Aufbrechen der Blackbox <Heim>» der Paradigmenwechsel von einem autoritären Führungssystem zu einem Betrieb mit flacheren Hierarchien und ersten Ansätzen von Mitsprache im Zentrum. Die von Deutschland ausgehende Heimkampagne um 1970 beeinflusste auch massgebend die Situation in den Kinder- und Jugendheimen der Schweiz. Die Professionalisierung der Heimerziehung rückte «die Selbstverantwortung, die Selbständigkeit und die Ich-Stärkung» der Jugendlichen in den Vordergrund.

Die detailreiche Studie mit zahlreichen Zitaten, die anschaulich das Denken und Handeln der Anstaltsleiter und Verbandsexponenten wiedergeben, ist gut lesbar. Allerdings ist es erstaunlich, dass Hafner neueste Forschungen, etwa diejenigen im Rahmen des NF-Programms 51 «Integration und Ausschluss», nicht einbezogen hat. Die Auseinandersetzung der Heilpädagogik mit der Eugenik in der Zeit zwischen 1920 und 1950 wird nur zwischen den Zeilen angedeutet. Beispielsweise wäre zu fragen gewesen, welche Rolle der Eugenikdiskurs auf die Wahl von Themen und ReferentInnen an den Jahrestagungen spielte und ob eugenische Massnahmen kontrovers diskutiert wurden. Aus Anlass der aktuellen Forschungsdiskussion und Wiedergutmachungspolitik wäre eine vertiefte Untersuchung des Umgangs mit eugenischen Denkmodellen und Forderungen innerhalb des Verbands wünschbar.

Nichtsdestotrotz gibt Hafners Untersuchung einen differenzierten Einblick in den Alltag von Institutionen, die sich mit «Schwererziehbaren» befassten, und zeigt die ambivalente Haltung einiger Exponenten, die Heime leiteten und im Verband federführend waren.

Sabine Braunschweig (Basel)

Sabine Jenzer Die «Dirne», der Bürger und der Staat

Private Erziehungsheime für junge Frauen und die Anfänge des Sozialstaates in der Deutschschweiz, 1870er bis 1930er Jahre

Böhlau, Wien/Köln/Weimar 2014, 37 Abb., 449 S., € 64,90

Im Fokus von Sabine Jenzers Dissertation stehen private Erziehungsheime für junge normabweichende Frauen. Im Zusammenhang mit den Studien des NFP 51 (Integrations- und Ausschlussmechanismen im

schweizerischen Sozialstaat) untersucht die Autorin die Debatten zum Umgang mit Prostitution, das Zusammenwirken zwischen privaten und staatlichen, zwischen weiblichen und männlichen Akteuren, zum Schutz und zur Nacherziehung «gefallener» oder «gefährdeter» junger Frauen in den Kantonen Baselstadt, Bern und Zürich, im Zeitraum zwischen 1870 und 1930.

Souverän entfaltet Jenzer das Panorama der Debatten um die Prostitution seit den 1880er-Jahren, das Aufkommen der Sittlichkeitsvereine (Männer- wie Frauenvereine) und ihren Kampf gegen die staatliche Reglementierung der Prostitution, der bewusst als «Melodram» inszeniert wurde. (86) Interessant ist die Rekonstruktion des konkreten Zusammenwirkens von Männer- und Frauenvereinen in den Kantonen Bern und Zürich: erst durch den Einbezug der Frauenorganisationen gewann die Sittlichkeitsbewegung politisch Gewicht, indem diese innert wenigen Tagen 3200 Unterschriften gegen die Reglementierung der Prostitution, das heisst die Einrichtung von Bordellen, sammelten. In der Dominanz dieses Moraldiskurses, wo erstmals auch von Frauenseite öffentlich über Sexualität und geschlechtsspezifische Moral gesprochen wurde, sieht die Autorin auch die Ursache dafür, dass der von Ärzten angeführte Kampf gegen Geschlechtskrankheiten in der Schweiz erst relativ spät, das heisst nach dem Ersten Weltkrieg, zur Gründung einer entsprechenden Gesellschaft führte. Eine weitere Front gegen die Macht der Sittlichkeitsvereine formierte sich im Kampf des (männlichen) Individuums um seine Privatsphäre, der vor allem in Karikaturzeitschriften ausgefochten wurde. Dargestellt wurden dort hauptsächlich junge, erotisch-sinnliche Frauen in mondäner, grossstädtischer Umgebung, die für Männer ein «Paradies» darstellten. Dem gegenüber wurden die «Sittlichen» gezeichnet als ältliche, griesgrämige Frau-

en, oft mit langen, krummen Nasen und stechenden Augen als Stereotyp der Hexe. Wie die Autorin treffend interpretiert, verwendeten sowohl BefürworterInnen wie auch Gegner der Sittlichkeitsbewegung erfolgreich Kollektivsymbole, um die Gegenwelten «Gefallene» versus «Sittsame» zu konstruieren.

In der Genealogie der Heimerziehung für weibliche Jugendliche unterscheidet die Autorin drei Typen: In industrielle Heimen wurden schul- und nachschulpflichtige Mädchen eingewiesen, die durch ihre Fabrikarbeit die Kosten des Heimbetriebs deckten. Diese Heime verschwanden gegen 1900. Ein weiterer Typus waren die Magdalenien und Klöster in katholischen Regionen, die reuige Prostituierte aufnahmen. Typisch für das Engagement der Sittlichkeitsvereine hingegen waren die ab Ende des 19. Jahrhunderts gegründeten Heime: Zufluchtshäuser/Durchgangsheime, Mütterheime, Frauenkolonien sowie Erziehungsanstalten. Auf diesem Hintergrund interpretiert die Autorin ihr Quellenmaterial zu den Erziehungsheimen für junge Frauen. Konkret sind dies Akten und Berichte aus dem Berner Sulgenhaus, dem Basler Zufluchtshaus, dem Loryheim Münsingen, dem Heimgarten Bülach und vor allem dem Mädchenasyl zum Pilgerbrunnen Zürich, der offenbar ergiebigsten Quelle. Dieser Teil ist bezüglich Umfang und neuen Erkenntnissen der gewichtigste des Buchs.

Gemeinsam waren der Erziehung in Heimen der Sittlichkeitsvereine der ausgeprägt präventive Charakter, die stark religiöse Ausrichtung der Erziehung, das Vorhandensein von Aspekten der Hilfe und des Schutzes, der starke Fokus auf die «moralische Hebung» und auf die Besserung und Resozialisierung, das Ermöglichen von Schul- und Berufsbildung sowie die angestrebte Herstellung von klassen- und geschlechtsspezifischen Identitäten, etwa durch die Erziehung zu bürgerlicher

Häuslichkeit und tüchtiger Hausarbeit, zu Sparsamkeit und «sittlichem» Lebenswandel. (173) Zum Heimalltag im Mädchenasyl zum Pilgerbrunnen liegen ausführliche Notizen zum täglichen Leben und Begebenheiten mit den «Zöglingen» aus der Feder von bürgerlichen Vereinsmitgliedern vor, jedoch wenige von Vorsteherinnen und Gehilfinnen und gar keine von den betreuten jungen Frauen. Sogar der Name der Riehener Diakonissin, die von 1896 bis 1926 als Vorsteherin des Pilgerbrunnens amtierte, bleibt ungenannt.

Generell fällt die Ambivalenz auf, welche die Haltung der Komiteedamen gegenüber den Heiminsassinnen prägte und die im 20. Jahrhundert an Schärfe gewann. Einerseits galten die jungen Frauen als Geschlechtsgenossinnen, als Opfer männlicher Übergriffe und Gewalt, sie wurden auch bei ihren Gängen zu Amtsstellen begleitet und bei Vergewaltigungsprozessen unterstützt, sie erhielten im besten Fall eine Ausbildung und eine Mitgift. Andererseits zeichnet die Autorin überzeugend die Bildkonstruktionen der «Gefallenen» durch die Komiteedamen: sie stammten aus der Unterschicht, das heisst ihnen fehle Erziehung und Aufsicht, somit seien sie modesüchtig und arbeitsscheu geworden. Auch vergewaltigte junge Frauen standen im Verdacht, ihre «wach gewordenen» Triebe nicht mehr zügeln zu können. (190)

Strenge, andauernde Hausarbeit, ausdauerndes Beten und Bereuen der Sünden, Kontrolle, Überwachung und Bestrafung prägten den Alltag der jungen Frauen im Pilgerbrunnen. Beim Austritt wurden sie an Stellen vermittelt, wo christliche Zucht und Ordnung herrschten, und eine «Patronin» des Pilgerbrunnens überwachte ihre weitere Lebensführung. Die Handlungsspielräume der betroffenen jungen Frauen waren gering: sie konnten sich durch Flucht entziehen, mithilfe ihrer Eltern Austrittsbegehren stellen. Laut den Quel-

len passte sich die gute Hälfte der jungen Frauen den Bedingungen an, zum Teil waren sie auch dankbar und sehnten sich nach dem Austritt in die vertraute Atmosphäre zurück.

Nach der Jahrhundertwende intensivierte sich die Aushandlungsprozesse zwischen privater Fürsorge und staatlicher Sozialpolitik. Gesamteuropäisch wurden staatliche Interventionen und Gesetzgebungen intensiviert. Für die Schweiz typisch blieb, trotz gesetzlicher Interventionen, trotz der Anstellung erster staatlicher Fürsorgerinnen und trotz der Verrechtlichung der Jugendfürsorge, als Norm eine grosse Autonomie der privaten Heime gerade für junge Frauen. Bis in die Zwischenkriegszeit, als sich die staatliche Aufsicht auf dem Papier stark intensivierte, wurde die Aufsicht über die Heime höchst oberflächlich durchgeführt – als erschütterndes Beispiel analysiert die Autorin die bewusste Verschleppung und Verzögerung einer effektiven Aufsicht über die Pfrundweid Wetzikon, einer privaten Anstalt für weibliche «Irre» und «Korrekationsbedürftige», auch Prostituierte ab 1886. In den Verhandlungsprozessen bezüglich Zusammenarbeit, Aufgaben- und Kompetenzverteilungen setzten sich die Sittlichkeitsvereine mit ihren Forderungen nach 1900 in aller Regel erfolgreich durch, ebenso in der Gesetzgebung und bei der Errichtung staatlicher Erziehungsheime. In der Fürsorgepraxis waren die engagierten Frauen also sehr präsent, in Jugendfürsorge wie auch im wissenschaftlichen Diskurs (Hygiene, Eugenik) waren sie jedoch von Leitungs- und Führungspositionen ausgeschlossen. Die Forderung nach dem Frauenstimmrecht war für alle Sittlichkeitsvereine in der Zeit nach 1910 zentral.

Sabine Jenzers Studie ist ein Meilenstein in der Aufarbeitung der Jugend- und speziell der Mädchenfürsorge in der Schweiz. Das Buch ist flüssig geschrieben,

die Orientierung fällt leicht dank klaren Einleitungen und Zusammenfassungen am Schluss der Kapitel, welche dann als Schlussfolgerungen nochmals kompakt präsentiert werden. In ihrem Ausblick auf die Zeit bis 1970 fällt sie das bedrückende Fazit, dass Erziehungsziele und -methoden trotz wissenschaftlicher Diskurse und staatlicher Vorgaben von der

zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis um 1940 «praktisch dieselben» geblieben seien. (371) Das vorliegende Buch leistet einen gewichtigen Beitrag, das dunkle Kapitel der Heimeinweisungen und Heim-erziehung in der Schweiz endlich zu beleuchten.

Heidi Witzig (Winterthur)



Klio Buchhandlung und Antiquariat
von der Krone, Heiniger Linow & Co.

Die		Eigene	Geschichte
Buchhandlung		Neuheiten	
für	Grosses	und	Philosophie
Geschichte	Geschichts-	Fachkataloge	
von	sortiment –	für	Soziologie
HistorikerInnen	Neuerscheinungen	Geschichte	
	und		Politologie
	Titel		
	zu		Ethnologie
	den	Zudem	
	Uni-	An-	Dritte Welt
	Veranstaltungen	und	
		Verkauf	Germanistik
		antiquarischer	
		Bücher	Belletristik

KLIO Buchhandlung
Zähringerstr. 45
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1

KLIO Antiquariat
Zähringerstr. 41
Postfach 699
CH-8025 Zürich 1



Tel. 044 251 42 12
Fax 044 251 86 12